

Symposium „Wie viel Schrumpfung verträgt die Europäische Stadt?“

1. Einladung und Programm	2
2. Tagungsbeiträge und Diskussionen	5
2.1. Virtuelles Stadtmodell Reichenbach – eine mediale Präsentation	5
2.2. Was bleibt, was vergeht von der Europäischen Stadt unter den Bedingungen des Schrumpfens?	8
2.3. Was wird aus sozialer Regulation und sozialem Ausgleich unter Schrumpfungsbedingungen?	14
2.4. Gefährden Schrumpfungsprozesse die Governance der Europäischen Stadt?	24
2.5. Welche zivilgesellschaftlichen Potentiale verbleiben der schrumpfenden Stadt?	29
2.6. Welche Gestalt ist für die schrumpfende Europäische Stadt zu erwarten?	37
3. Schlusskommentare	43
Anhang: Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	44

1. Einladung und Programm



Wittenberge, Foto: Wolfgang Kil

Wie viel Schrumpfung verträgt die Europäische Stadt?

Wissenschaftliches Symposium
im Rahmen der Ausstellung „Shrinking Cities II“

Leipzig, am 14. Januar 2006

11.00 Uhr

Begrüßung: Barbara Steiner, Direktorin der Galerie für zeitgenössische Kunst Leipzig

11.15 Uhr

Virtuelles Stadtmodell Reichenbach – eine mediale Präsentation

Dr. Stefan Paulisch, Westsächsische Hochschule Zwickau (FH), Fachbereich Architektur

11.30 Uhr

Was bleibt, was vergeht von der Europäischen Stadt unter den Bedingungen des Schrumpfens?

Prof. Walter Siebel, Universität Oldenburg

12.10 Uhr

Was wird aus sozialer Regulation und sozialem Ausgleich unter Schrumpfungsbedingungen?

Dr. Rainer Land, Thuenen-Institut, Bollewick

12.50 Uhr Rückfragen, Diskussion

13.15 Uhr Pause – Mittagsimbiss

14.00 Uhr

Gefährden Schrumpfungsprozesse die Governance der Europäischen Stadt?

Dr. Matthias Bernt, Umweltforschungszentrum Leipzig

14.40 Uhr

Welche zivilgesellschaftlichen Potenziale verbleiben der schrumpfenden Stadt?

Prof. Christine Weiske, Technische Universität Chemnitz

15.20 Uhr Kaffeepause

15.35 Uhr

Welche Gestalt (nach Perforation bzw. Fragmentierung) ist für schrumpfende Europäische Städte zu erwarten?

Prof. Elisabeth Merk, Hochschule für Technik Stuttgart, Fachbereich Architektur und Gestaltung

16.15 Uhr

Abschlussdiskussion

Abschluss: 17.00 Uhr

Moderation:

PD Dr. Christine Hannemann, Humboldt-Universität Berlin (Vormittag)

Wolfgang Kil, freier Kritiker und Publizist, Berlin (Nachmittag)

Das Symposium findet als Begleitveranstaltung im Rahmen der Ausstellung „Shrinking Cities II“ in Leipzig statt.

„Shrinking Cities“ ist ein Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes.

Dieses Symposium thematisiert erstmalig den Entwicklungspfad infolge wirtschaftlichen und/oder demografischen Niedergangs schrumpfender Industriestädte im Kontext der Debatte um die so genannte „europäische Stadt“. Obwohl Definition und Inhalte des Begriffs „Europäische Stadt“ nicht unumstritten sind, kann von einem allgemeinen, wenn auch retrospektiven, Verständnis dieser urbanen Typologie ausgehen. Ein vom Walter Siebel 2004 entworfenes Leitbild etwa beruft sich auf folgenden Konsens:

1. Die Europäische Stadt ist als Vergegenständlichung von **Geschichte** zu begreifen.
2. Europäische Stadtgeschichte lässt sich als Geschichte der **Emanzipation** von den Zwängen der Natur lesen.
3. Die Europäische Stadt ist Ort einer besonderen, **urbanen Lebensweise**, die das städtische vom „ländlichen“ Leben unterscheidet.
4. Gefäß und Symbol der urbanen Lebensweise werden durch eine spezifische physische (morphologische) **Gestalt** repräsentiert.
5. Die Europäische Stadt ist eine **sozialstaatlich** regulierte Stadt.

Mit diesen Zuschreibungen ist jedoch gleichzeitig, auf einer Metaebene, eine implizite Wandlungsfähigkeit dieses Stadttypus über die Jahrhunderte benannt. So gesehen, befindet sich auch der Begriff „Europäische Stadt“ permanent in Bewegung. Aus diesem Grund lassen sich die aufgeführten Feststellungen nicht nur für die gewachsene Stadt (etwa Görlitz), sondern auch für die wohlfahrtsstaatlich geplante Stadt (z.B. Halle-Neustadt) treffen.

Zu fragen wäre nun, ob die „schrumpfende Stadt“ in diesem Kontext nur als neue „Wandlungsidee“, also als weiterer Anpassungsschritt des Modells „Europäische Stadt“, interpretiert werden kann (und muss) oder ob mit dem Phänomen der Schrumpfung der Untergang dieser urbanistischen Grundidee zwangsläufig verbunden sein wird. Eine dritte Option wäre, als Folge der mit dem Ausbleiben des Wachstumsimpulses verbundenen grundlegenden Umwälzungen nach einer grundsätzlichen Neudeinition von Begriff und Inhalt der Europäischen Stadt (im Sinne von „Regionalstadt“ oder „Stadtregion“) zu suchen.

Weil wir hier dringenden theoretischen Klärungsbedarf sehen, wollen wir diese Fragen an die Europäische Stadt in einem überschaubaren Expertenkreis diskutieren. Zur Einstimmung haben wir fünf Kollegen gebeten, ihre Sicht auf jeweils einen der genannten Aspekte vor dem Hintergrund der verschiedenartigen Schrumpfungserfahrungen, möglichst nicht nur im Osten Deutschlands, darzustellen.

Christine Hannemann
Wolfgang Kil

2. Tagungsbeiträge und Diskussionen

Vorbemerkung: Für die Dokumentation der Tagung wurden die Diskussionsstränge jeweils den einzelnen Vorträgen zugeordnet, auch wenn im realen Verlauf jeweils zwei Beiträge hintereinander präsentiert wurden.

2.1. Virtuelles Stadtmodell Reichenbach – eine mediale Präsentation

Stefan Paulisch

Das für die vogtländische Kreisstadt Reichenbach entwickelte virtuelle Stadtmodell demonstriert die Dimensionen städtischer Transformation. Mit einer 3-D-Animation wird innerhalb weniger Minuten aus der Vogelperspektive die immense stadträumliche Veränderung einer ostdeutschen Kleinstadt von den 1990 bis über 2009 hinaus verdeutlicht: Große Industrieanlagen werden abgebrochen, Häuserzeilen müssen weichen, auf freiwerdenden Flächen entstehen Einkaufscenter auf Zeit, aus einer großmaßstäblichen Stadtbrache soll mit einer Landesgartenschau ein attraktiver Freiraum entstehen. Allerdings wird seitens der handelnden Kommune nicht darüber nachgedacht, wer diesen Freiraum nutzen könnte, geschweige denn, ob man, angesichts bereits realen Flächenüberflusses, überhaupt noch welchen braucht und wie dieser gepflegt werden soll.

Projektbeschreibung

Seit dem Jahr 2003 wird im Rahmen eines auf mehrere Jahre angelegten Forschungsprojektes unter meiner Leitung am Lehrgebiet CAD am FB Architektur der Westsächsischen Hochschule Zwickau (FH), für die Stadt Reichenbach im Vogtland ein virtuelles Stadtmodell erstellt. Mit dem Projekt verbindet sich nicht nur die Zielstellung, den grundlegenden Transformationsprozess des Stadtkörpers einer ehemals industriell geprägten Mittelstadt visuell anschaulich darzustellen, sondern auch die Zusammenhänge zwischen Gebäudebestand und demographischer Entwicklung zu analysieren um präzise quartiersgenaue Entwicklungsprognosen ableiten zu können. Darüber hinaus werden von dem Projekt Rückschlüsse für notwendige Rahmenbedingungen sowie die Nutzeranforderungen (Stadtplanungsamt/Bürgerschaft/Planer) an das Planungsinstrument „Virtuelles Stadtmodell“ im Kontext schrumpfender Städte erwartet.

Historische Entwicklung der Stadt

Reichenbach ist eine Kleinstadt im Freistaat Sachsen mit derzeit noch ca. 22 T Einwohnern. Im 13. Jahrhundert entsteht der mittelalterliche Stadtkern auf einem Felssporn oberhalb des ersten Siedlungsansatzes. Die industrielle Entwicklung der Stadt ist durch die Textilindustrie geprägt und entwickelt sich durch den Eisenbahnanschluss an die Strecke Leipzig-Hof sprunghaft. In Reichenbach liegt auch eine bedeutende Wiege des deutschen Automobilbaus. August Horch baute hier seine ersten Fahrzeuge. Die gründerzeitliche Stadterweiterung besetzt die Gebiete nordwestlich der Altstadt. Zur selben Zeit entwickelt sich das Raumbachtal zu einem bedeutenden Industriestandort. Der Massenwohnungsbau ab den 50er Jahren lagert sich nördlich und westlich an die Gründerzeitstadt.

Abbildung 1: Reichenbach/Vogtland, historische Stadtansicht

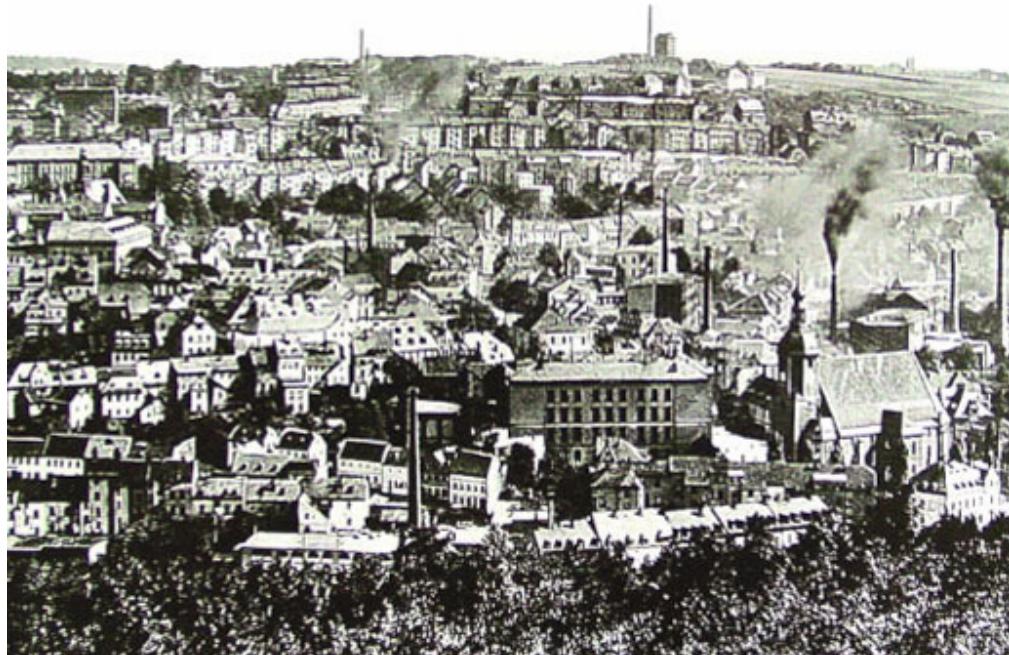


Abbildung 2: Reichenbach, Modellbereiche des Stadtumbaus



Die Situation heute: Die Stadt hat in den vergangenen 15 Jahren 17.2 % ihrer Einwohner verloren und liegt damit deutlich über dem Landesdurchschnitt. Die Zahl der Sterbefälle ist signifikant höher als die der Neugeborenen. Der Wohnungsleerstand im innerstädtischen Sanierungsgebiet beträgt offiziell 23,5 %. Seit dem Jahr 2003 übersteigt die Anzahl der Gebäudeabgänge die der Fertigstellungen.

Entwicklung des virtuellen Stadtmodells

Die markante Topografie der Stadt und die massiven Eingriffe in das Stadtbild durch den vorgenommenen und geplanten Rückbau großflächiger Industrieareale und historischem Gebäudebestand, warf die Frage nach dem zukünftigen Bild der Stadt auf.

Mit dem 1. Teilbereich des Stadtmodells verbindet sich das Ziel, nicht nur den Rückbauprozess im Bereich des Stadteingangs visuell zu verdeutlichen, sondern auch Optionen einer zukünftigen städtebaulichen Entwicklung zur Diskussion zu stellen.

Der 2. Teilbereich des Modells wurde 2005 erstellt und bildet das innerstädtische Sanierungsgebiet ab. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird in den nächsten Jahren eine Zunahme des Leerstandes bzw. behördlich angeordneter "Notabriss" aufgrund baufällig gewordener Substanz erwartet. Daraus resultierte die Zielstellung, eine Klassifizierung des Gebäudebestandes vorzunehmen und eine Prognose wahrscheinlicher Veränderungen im Gebäudebestand darzustellen.

Abbildung 3: Virtuelle Simulation stadträumlicher Veränderungen im Bereich Stadteingang



Wertung und Ausblick

Einer überaus positiven Resonanz des Stadtplanungsamt als Auftraggeber steht das offenkundige Desinteresse von Seiten der politischen Gremien am Thema „Schrumpfendes Reichenbach“ gegenüber. Eine öffentliche Vorstellung des virtuellen Stadtmodells und die offensive Diskussion der dargestellten Zukunftsfragen hat die Stadt bis heute gescheut. Auch wenn die durch den prämierten Beitrag zum „Wettbewerb Stadtumbau-Ost“ geborene Vision eines „Altstadtparks“ dank des Zuschlages für die Sächsische Landesgartenschau 2009 in greifbare Nähe rückt, werden die Probleme jenseits des Fördergebietes bestehen bleiben. Die Ausdehnung des Stadtmodells auf das gesamte Stadtgebiet und eine Qualifizierung der Applikation zu einem Bestandskontrollinstrument sind daher die nächsten Etappenziele des Projektes.

Dipl.-Ing. Stefan Paulisch

Quelle:

<http://www.fh-zwickau.de/fileadmin/forschung/Forschungsbericht/Forschungsbericht2003.pdf>: 14.2.2006

Diskussion:

Auf Nachfrage wurde bestätigt, dass Bauten in der Altstadt abgerissen werden, während die lokalen Plattenbauten erhalten bleiben. Außerdem wären bei der Stadt große Vorbehalte gegen Zwischennutzungen vorhanden.

2.2. Was bleibt, was vergeht von der Europäischen Stadt unter den Bedingungen des Schrumpfens?

Walter Siebel

Die Stadt ist das großartigste aber auch das komplizierteste arte fact, das die Menschheit hervorgebracht hat. Das knappe Wort Stadt umfasst eine unübersehbare Vielfalt an Differenzen: Die europäische Stadt im Mittelalter hatte nur wenige Einwohner. Köln, die damals größte Stadt, brachte es auf 40.000 Bewohner. Was für ein Moloch müsste unter den damaligen Verhältnissen eine Stadt wie das Leipzig von heute sein! Und was hat das heutige Leipzig gemein mit Städten wie Tokio oder Mexiko City mit ihren fast 20 Mio. Einwohnern. Und schließlich: Was verbindet die europäische Stadt mit der asiatischen? Asiatische und südamerikanische Städte der Vormoderne sind heilige Orte, Orte der Herrschaft, Tempelstätten, Nabel der Welt und Abbild einer ursprünglichen göttlichen Weltordnung. Die vormodernen asiatischen und südamerikanischen Städte sind rückwärtsgewandte Utopien. Die europäische Stadt dagegen ist Motor der gesellschaftlichen Dynamik. Was sich in Europa herausgebildet hat, ist eine sehr besondere, historisch einmalige Formation von Stadt. Ich werde im ersten Teil des Vortrags fünf Merkmale zur Charakterisierung des Besonderen der europäischen Stadt vorstellen und anschließend diskutieren, ob angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung diese Merkmale Bestand haben können. Diese Diskussion führt zu einem finsternen Bild von der Zukunftsfähigkeit der europäischen Stadt. Aber es gibt auch Gegenargumente und Gegentendenzen, die für eine neue Attraktivität von Stadt als Wohn- und Lebensort sprechen. Am Schluss stehen einige Überlegungen zu der Frage, warum Schrumpfen nur als Katastrophe zu denken ist.

Was ist das besondere der europäischen Stadt?

Im Gang durch die europäische Stadt hat der Bürger der modernen Gesellschaft, und das heißt der demokratisch und marktförmig organisierten Gesellschaft, die Entstehungsgeschichte dieser gesellschaftlichen Formation und damit auch die seiner eigenen Identität vor Augen. Europäische Urbanität, das ist ihr erstes Merkmal, ist Präsenz von Geschichte im Alltag des Städters.

Diese Geschichte – und das ist das zweite Merkmal – ist Emanzipationsgeschichte. Die europäische Stadt ist ein revolutionärer Ort, an dem sich der Wirtschaftsbürger ökonomisch und der politische Bürger politisch aus den geschlossenen Kreisläufen der Selbstversorgungsökonomie und den Herrschaftsverhältnissen des Feudalismus befreien konnten. Stadtluft macht frei aus ökonomisch, politisch und sozial beengten Verhältnissen. Stadt in Europa ist untrennbar verbunden mit dem Versprechen, als Städter ein besseres Leben führen zu können.

Drittens ist die Stadt Ort einer besonderen Lebensweise, die den Städter vom Landbewohner unterscheidet: Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit sowie von Arbeiten und Wohnen, das Leben in der Kleinfamilie, der Konsumentenhaushalt, die besondere Mentalität des Großstadters, die Georg Simmel so eindringlich beschrieben hat. Diese Mentalität einer urbanen Indifferenz ist Voraussetzung für die Möglichkeit städtischen Zusammenlebens, denn Städte können definiert werden als Orte, an denen Fremde wohnen. Die urbane Indifferenz Simmels ist die Voraussetzung für einen zivilisierten Umgang unter Fremden.

Viertens ist die traditionelle Gestalt der europäischen Stadt Gefäß und Symbol dieser besonderen urbanen Lebensweise und dieser Hoffnungen, die sich mit dem Leben in der europäischen Stadt verknüpfen. Mauer, Wall und Graben markierten einen gesellschaftlichen

Gegensatz von Stadt und Land. Die Stadtkrone von Rathaus, Kirche und Markt ist sinnfälliges Abbild der politischen, kulturellen und ökonomischen Zentralität der Stadt. Und das enge Mit- und Nebeneinander der sozialen Gruppen und städtischen Funktionen macht die Stadt zum Ort der Arbeitsteilung, der Kommunikation, der Begegnung mit Fremden, der Erfahrung von Differenz und damit zum Ort von Innovation im Gegensatz zur „Idiotie“ des Landlebens (Marx).

Diese Gestalt ist keineswegs Ergebnis einer quasi natürlichen Entwicklung. Von der Gründung der europäischen Städte im 11. und 12. Jahrhundert über den Bau von Befestigungsanlagen, dem Municipalsozialismus bis zum sozialen Wohnungsbau, dem Baugesetzbuch und dem Programm „Soziale Stadt“ ist die europäische Stadt Produkt von Planung, und zwar nicht unwe sentlich einer Planung durch die Stadt als einem politischen Subjekt. Die europäische Stadt ist – ihr vier tes Merkmal – sozialstaatlich regulierte Stadt.

Präsenz von Geschichte im Alltag, Stadt als wie immer utopisches Versprechen auf Emanzipation, Stadt als besonderer Ort einer urbanen Lebensweise, die traditionelle Gestalt der Stadt und sozialstaatliche Regulierung. Diese fünf Merkmale definieren in ihrer Gesamtheit das besondere der europäischen Stadt. Aber alle fünf Merkmale unterliegen dem sozialen Wandel. Haben sie heute noch Bestand?

Die Stichworte der aktuellen Krisenszenarios werden Ihnen weitgehend vertraut sein. Ich will nur kurz daran erinnern und im zweiten Teil dann Tendenzen und Potentiale benennen, die für eine neue Attraktivität von Stadt sprechen.

Erstes Stichwort zur Krise Stadt ist die Globalisierung: Sie bedeutet eine inhaltliche und räumliche Erweiterung der Konkurrenz unter den Städten. Sie zeigt sich ferner besonders deutlich in den Veränderungen auf den deutschen Immobilienmärkten durch den Auftritt insbesondere angelsächsischer Investoren. Deren Aufkäufe ehemals gemeinnütziger und kommunaler Wohnungsbestände werden nicht nur Konsequenzen für die Wohnungsversorgung haben, sondern auch für die Handlungsspielräume der Kommunen, denn dadurch verlieren die Kommunen wichtige Partner ihrer Stadtentwicklungspolitik. Schließlich sind die Wanderungsbewegungen aus der Dritten und Zweiten Welt in die Städte der Ersten mit all ihren Folgeproblemen ein besonders sichtbares Zeichen der Globalisierung.

Das zweite Stichwort zur Krise der Stadt betrifft den ökonomischen Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und zur Wissensgesellschaft. Dieser Wandel verhärtet die Arbeitslosigkeit vor allem bei gewerblich qualifizierten Männern und lässt den Abstand zwischen hohen und niedrigen Einkommen wachsen. Die Dienstleistungsgesellschaft wird auf absehbare Zeit eine ungerechtere Gesellschaft sein, als es die Industriegesellschaft in ihren goldenen Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen ist.

Drittens die demographischen Veränderungen. Die deutsche Bevölkerung wird älter, heterogener und weniger.

Die eigentliche Problematik dieser Entwicklungen liegt nicht in den einzelnen Phänomenen sondern in deren möglichem Zusammentreffen. Wenn demographische Veränderungen verstärkt durch selektive Abwanderungen mit einer sich vertiefenden sozialen und kulturellen Ungleichheit zusammen treffen, dann können in Regionen und in Stadtteilen Abwärtsspiralen auftreten, die kaum steuerbar sind. Es entwickeln sich Tendenzen einer räumlichen Polarisierung, an deren Ende Ausgrenzung steht und damit die krasseste Verneinung der Emanzipations- und Integrationsversprechen der europäischen Stadt.

Aber gegen dieses finstere Bild von der Zukunft der europäischen Stadt lassen sich Einwände und Gegentendenzen anführen. Prognosen müssen nicht notwendig eintreffen. Selbst das Ausmaß des Rückgangs der deutschen Bevölkerung ist umstritten. Die Bevölkerungsentwicklung wird von drei Faktoren bestimmt: der Entwicklung der Geburten, dem härtesten Datum von Bevölkerungsprognosen, der Entwicklung des Lebensalters und der

Einwanderung. Optimistische Prognosen rechnen mit einer Konstanz der Bevölkerung bis zum Jahre 2050 unter der Voraussetzung einer sehr viel längeren Lebenszeit und einer Einwanderung von ca. 300.000 Menschen pro Jahr. Damit verschobt sich die Problematik hin zu Problemen der Gesundheitsversorgung, der Integration und des Bildungssystems.

Der Rückgang der Bevölkerung muss auch nicht notwendig mit rückgehender Nachfrage nach Wohnraum einhergehen. Die Wohnungsnachfrage wird vor allem von der Haushaltsgröße und der Kaufkraft bestimmt. Wenn die Tendenz anhält, in immer kleineren Haushalten zu leben, und gleichzeitig die Kaufkraft dieser Haushalte zunimmt, dann wird auch in Zukunft trotz rückläufiger Bevölkerungszahl mehr Wohnfläche nachgefragt werden. In den neuen Bundesländern gibt es heute trotz Abwanderung 300.000 Haushalt mehr als zum Zeitpunkt der Wende. Wenn trotzdem 1,4 Millionen leer stehen, so ist das keineswegs nur Folge der Abwanderung, sondern auch des Neubaus von 800.000 Wohnungen und der ebenfalls hoch subventionierten Sanierung und Modernisierung von Altbauten. Gegenwärtig plant man nun den Abriss von 400.000 Wohnungen wiederum mit einer Subvention von ca. 1,2 Mrd. Euro. Keynes hat bekanntlich empfohlen, zur Belebung der Konjunktur Löcher zu graben und wieder zuzuschütten. In den neuen Bundesländern gibt es dafür offenkundig die Wohnungspolitik.

Aber diese Einwände sind weniger gravierend als die Tendenzen, die für eine neue Attraktivität von Stadt als Wohn- und Arbeitsort sprechen. Einmal wird sich angesichts des Rückgangs der Bevölkerung die Bedeutung der Stadt als zentraler Ort relativ erhöhen. Bei rückläufiger Bevölkerung wird die notwendige Basisbevölkerung zur Aufrechterhaltung eines bestimmten Niveaus privater und öffentlicher Güter und Dienstleistungsangebote in manchen Regionen nicht mehr vorhanden sein. Damit werden sich die entsprechenden Güter- und Dienstleistungs- sowie Infrastrukturangebote auf die Städte konzentrieren. Die Städte können also auch bei absoluten Verlusten an Bevölkerung relativ an Bedeutung gewinnen.

Aber es gibt auch ökonomische und soziale Argumente für einen absoluten Bedeutungsgewinn der Stadt. Einmal, so die Argumentation von Dieter Läpple, wird die Wissensökonomie urbane Standorte bevorzugen. Das wird vor allem mit einer spezifischen Form von Wissen begründet, die in der Wissensökonomie eine zentrale Rolle spielt, nämlich das Hintergrund- oder Kontextwissen, das notwendig ist für einen innovativen Umgang mit Informationen. Dieses Wissen scheint weitgehend an urbane Milieus gebunden zu sein. Für diese theoretische Überlegung gibt es auch eine empirische Bestätigung in der verblüffenden Konzentration von Betrieben der *New Economy* in den metropolitanen Regionen und hier sogar in einzelnen Quartieren und Straßenzügen.

Ein sozialer Grund für eine wieder steigende Attraktivität von Stadt ist der Wandel der Lebensweise. Früher konnte – und das war in der Regel der berufstätige Mann – ein karriere- und berufszentriertes Leben nur dann geführt werden, wenn man über einen traditionellen Haushalt – in der Regel geführt von einer traditionellen Hausfrau – verfügte, die dem Berufstätigen den Rücken frei hielten von allen außerberuflichen Verpflichtungen. Heute sind Frauen immer weniger bereit, diese Rolle zu spielen, im Gegenteil, sie streben eine ähnlich berufszentrierte Lebensweise an. Unter diesen Bedingungen gibt es nur zwei Auswege: erstens die Reduktion aller außerberuflichen Verpflichtungen durch Technisierung des Haushalts, Einstellung von Haushaltshilfen und den Verzicht auf Kinder, sowie zweitens das Leben in einer Stadt. Die moderne Dienstleistungsstadt kann begriffen werden als eine Maschine, in der marktförmig oder in Gestalt öffentlicher Infrastrukturen all jene Güter und Dienstleistungen bereitgestellt werden, die früher durch die informelle Arbeit in erster Linie der Frauen in den privaten Haushalten gewährleistet waren.

Schließlich gibt es Anzeichen dafür, dass die Suburbanisierung schwächer wird. Suburbanisierung war wesentlich getragen von dem Wunsch nach dem Eigenheim. Das Eigenheim als Einfamilienhaus ist die ideale Wohnform für die familiale Lebensweise, aber eben diese Lebensweise verliert ihre Dominanz. Das Eigenheim als Form der Eigentums-

bildung im Wohnbereich setzt langfristig stabile Einkommen als Bedingung der Kreditfähigkeit eines Haushalts voraus. Angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wird auch diese Bedingung prekär. Wenn zusätzlich die Subventionen der Eigentumsbildung gestrichen werden, dann erodiert die ökonomische und soziale Basis der Suburbanisierung.

Nun gibt es immer wieder Argumente, wonach eine Krise auch als Chance begriffen werden könne. Auch bezüglich der Krise der europäischen Stadt wird auf Potentiale für eine neue Urbanität hingewiesen. Diese Potentiale sind mit der Nominierung Essens und des Ruhrgebiets als europäischer Kulturhauptstadt auch deutlich gemacht worden. Diese Bewerbung hat die Relevanz von Kultur bei der Bewältigung des Strukturwandels von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ebenso zum Thema wie auch die kulturellen Potentiale, die aus diesem krisenhaften Wandel gewonnen werden können.

Ebenso wie auf die Chancen des Strukturwandels wird auch immer wieder auf Chancen des Schrumpfens hingewiesen. Aber in der Praxis der Stadtpolitik dominiert der Versuch, Schrumpfen in Wachstum umzukehren. Das aber ergibt ein Nullsummenspiel: Bei konstanter oder sogar rückläufiger Bevölkerung kann die Bevölkerung an einem Ort nur zunehmen auf Kosten höherer Bevölkerungsverluste an anderen Orten. Aber warum konzentrieren sich Stadtpolitiker und Planer nicht stärker auf die Chancen des Schrumpfens? Warum im Gegenteil scheint Schrumpfen nur als Katastrophe denkbar? Offenkundig gibt es hier Denkblockaden. Ich will dazu vier naive Fragen stellen:

1. Schrumpfen beschleunigt einen Prozess, der bisher durch die Zunahme des Wohlstands vorangetrieben wurde: nämlich die Ausdehnung der pro Kopf verfügbaren privaten und öffentlichen Flächen. Über Raum verfügen zu können aber ist ein ganz wesentliches Element von Lebensqualität. Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, das Leitbild des Städtebaus nach 1945, hat diese Form der Verbesserung der Lebensqualität ebenso zum Ziel gehabt wie beinahe alle städtebaulichen Leitbilder des 20. Jahrhunderts. Nur konnten diese Leitbilder bislang nur im Umland realisiert werden, d.h. auf Kosten urbaner Qualitäten. Schrumpfen schafft heute die Chancen, dieses Leitbild eines von weniger Enge bestimmten städtischen Lebens auch innerhalb der Kernstädte zu verwirklichen, und damit ohne Verzicht auf urbane Qualitäten. In Leipzig wohnten um 1900 400 Einwohner pro Hektar, heute sind es etwas über 70. Was ist so schlimm, wenn diese Entwicklung weitergehen würde? Ist vielleicht nicht der Vorgang selber das Problem, sondern nur die Bedingungen, unter denen er sich vollzieht – erstens, dass der Markt unter Schrumpfungsbedingungen nur unvollkommen funktioniert, d.h., dass die Preise nicht entsprechend sinken?
- zweitens, dass zumindest einige Eigentümer bei sinkenden Preisen Instandhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen nicht mehr vornehmen, teils weil sie es nicht können, teils aber auch, weil sie kein Interesse daran haben?
- drittens, dass die Gemeindefinanzen an die Einwohnerzahl gebunden sind, dass also in den Gemeinden just dann das Geld ausgeht, wenn sich rein räumlich Chancen für die Stadtentwicklung eröffnen?

2. Was ist eigentlich so schlimm, wenn in der Bundesrepublik demnächst wieder soviel Menschen leben sollten, wie in der damals sehr viel größeren Weimarer Republik, nämlich 65 Millionen? Wer erinnert sich heute an den damaligen Kampfruf vom „Volk ohne Raum“?

3. Was ist eigentlich so schlimm, wenn der Anteil der Älteren zunimmt? Die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt könnten weitgehend aufgefangen werden: Einmal durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die heutigen Pensionsgrenzen waren unter Bedingungen schwerer belastender industrieller Arbeit berechtigt. Aber diese Arbeitsbedingungen treffen auf die Mehrheit der Beschäftigten heute nicht mehr zu. Die Konsequenzen können ferner durch eine weitere Integration von Frauen ins Beschäftigungssystem gemildert werden. Die Bundesrepublik hat immer noch einen vergleichbar niedrigen Anteil von Frauen im Beschäftigungssystem. Und schließlich ist entscheidend für das Wachstum die Produktivität der Arbeitskräfte und damit deren Bildung und Ausbildung. Eine

bessere Ausbildung insbesondere von Migranten und Unterschichtangehörigen sowie die Institutionalisierung lebenslangen Lernens könnten die Produktivität der Arbeitskräfte entscheidend erhöhen.

Es wird ferner argumentiert, dass die Veränderung der Altersstruktur zu unzumutbaren Belastungen für die Erwerbstätigen führt. Demnächst müsse ein Berufstätiger drei Nichtberufstätige ernähren. Aber worin besteht eigentlich der Unterschied, wenn früher ein berufstätiger Mann eine Hausfrau und zwei Kinder ernährte, und heute ein Berufstätiger schätzungsweise ein Kind und zwei alte Menschen. Das Verhältnis zwischen Berufstätigen und Nichtberufstätigen hätte sich dann gar nicht geändert. Geändert hätte sich aber die Art und Weise, wie die Gesellschaft die Transfers zwischen Berufstätigen und Nichtberufstätigen organisiert – früher informell und innerhalb von Verwandtschaftssystemen, heute formell über Geld und organisiert als staatliche Sozialtransfers. Die Belastungen haben sich nicht so entscheidend verändert, aber sie sind sehr viel sichtbarer geworden, und sie sind politisiert.

4. Woher weiß man denn, dass sich die Entwicklung etwa in hundert Jahren nicht wieder auf niedrigerem Niveau stabilisieren wird? Thomas Malthus hat bekanntlich im 19. Jahrhundert die Raten des Bevölkerungswachstums und der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion zu unvermeidbaren Hungerkatastrophen hochgerechnet und angesichts dieser Prognosen eine Rückkehr zu den Kontrollmechanismen des Mittelalters gefordert: späte Heirat, Keuschheit, Seuchen und Kriege. Aber Malthus' ehrne Gesetze haben sich sehr schnell als gesellschaftlich bedingt und als durchaus wandelbar erwiesen. Heute werden wiederum Katastrophenszenarios ausgemalt, allerdings auf der Basis gegenteiliger Trends, nämlich des Schrumpfens der Bevölkerung, aber nach demselben Denkmuster: Die demographische Entwicklung wird isoliert von den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie stattfindet, zur Katastrophe stilisiert und wiederum eine Rückkehr gefördert, diesmal zu den traditionellen Werten der Familie.

Auch in der Stadtpolitik gibt es Denkblockaden. Nach 150 Jahren industrieller Urbanisierung und damit Wachstum der Bevölkerung, der genutzten Flächen und des Bruttosozialprodukts scheint Schrumpfen nur als Katastrophe denkbar zu sein. Deshalb setzt Stadtpolitik alles daran, dieses Schicksal von der eigenen Stadt abzuwenden, d.h. Schrumpfen in Wachstum umzukehren. Man setzt auf große Ereignisse wie Olympische Spiele, auf die konkurrenz-fähigen Höhepunkte und weithin sichtbaren Gebiete mit hohem Prestigewert. Um nicht missverstanden zu werden: Vieles spricht für eine solche Politik. Städte müssen heute mit ihren Wohn- und Lebensqualitäten konkurrieren. Problematisch ist nur die Einseitigkeit dieser Politik: Stadtpolitik wird weiterhin in Kategorien des Wachstums und des Bauens begriffen. Aber heute sind Kultur-, Sozial- und Bildungspolitik entscheidende Dimensionen der Stadtpolitik. Wenn qualifizierte Arbeitskräfte absolut knapp werden, warum investiert man nicht mehr in die Qualifikation der viel zu vielen Unqualifizierten, statt Milliarden auszugeben, um sich gegenseitig etwas abzujagen? Aber anders über Schrumpfen nachzudenken stößt auf Widerstände, und diese Widerstände sind in den Rahmenbedingungen kommunaler Politik institutionalisiert:

- Einmal in den Instrumenten, Förderbestimmungen und Leitbildern der Stadtpolitik, die immer noch vorrangig auf Steuerung der räumlichen Entwicklungen und auf Wachstumsprozesse ausgerichtet sind.

- Zum zweiten ist die Organisation der kommunalen Selbstverwaltung hinderlich für ein Umdenken. Unter Wachstumsbedingungen, d.h. unter Win-Win-Situationen, sind Aushandlungsprozesse unter selbständigen Kommunen möglich, unter Schrumpfungsbedingungen aber, also wenn Verluste verteilt werden müssen, benötigt man die Region als ein politisch und finanziell handlungsfähiges Subjekt, um die notwendigen Entscheidungen zu formulieren. Diese Organisation der Region aber steht im Widerspruch zur kommunalen Autonomie.

– Drittens sind auch in die Gemeindefinanzen Denkblockaden eingebaut. Solange die Einnahmen einer Kommune von der Zahl ihrer Einwohner abhängen, ist es kein Wunder, dass Einwohnerverluste als Katastrophe wahrgenommen werden. Notwendig ist also nicht nur eine Reform regionaler Planung sondern auch eine Gemeindefinanzreform.

Solange aber die Rahmenbedingungen so bleiben wie sie sind, bleibt jeder Versuch, über Chancen des Schrumpfens nachzudenken, bloße Theorie. Also macht man gar nicht erst den Versuch, und eben das trägt wieder dazu bei, dass die Rahmenbedingungen unangetastet bleiben. Diesen Zirkel zu durchbrechen wäre nur ein kleiner Schritt. Deutschland hat 150 Jahre industrieller Urbanisierung und damit 150 Jahre Stadtentwicklung als Wachstum hinter sich. Und es hat nach der Katastrophe des Dritten Reichs die Erfahrung der „golden“ 50er und 60er Jahre gemacht, als das Wirtschaftswunder die deutsche Vergangenheit vergessen ließ und das ökonomische Wachstum die sozialen Probleme des Kapitalismus überdeckte. Das waren schöne Zeiten, aber sie sind vorüber. Sich heute nun auch noch vom Denken in diesen Kategorien verabschieden zu müssen, scheint aber das Allerschwerste zu sein.

Diskussion:

- Wie wäre die enorme Menge der durch Schrumpfung entstehenden Grünflächen in das hier beschriebene Modell der europäischen Stadt einzuordnen? Da es sich nicht mehr um ökonomisches Wachstum handle, seien die freiwerdenden Flächen kaum als Gewinn an Lebensqualität zu verbuchen. Das Beispiel Reichenbach illustriert: Die perforierte Stadt wird nicht offener und luftiger, sondern sie zerbricht, beginnt sich aufzulösen.
- Im Impulsreferat zeigte sich das Modell der Europäischen Stadt insgesamt stark auf das Schicksal von Mittelschichten in der Großstadt fokussiert, wodurch Zweifel aufkommen könnten, ob das Modell auf Ostdeutschland anwendbar sei.
- Zur Diskussion über die europäische Stadt gehöre unbedingt deren Finanzierung. Schließlich könnten finanzielle Mittel ja auch zur Gegensteuerung bei gesellschaftlich unerwünschten Prozessen eingesetzt werden – auch wenn das z. Z. nicht als sonderlich realistisch erscheine.
- Kann man auch die „Zwischenstadt“ zu den regulären „Zeitschichten“ der europäischen Stadt zählen? Der Referent bejaht: Jede Formation gehöre den Zeitschichten an. Ausschlaggebend sei der zeitliche Betrachtungshorizont der städtischen Entwicklung, also ob eine kurz-, mittel oder langfristige Perspektive die Grundlage für eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung der schrumpfenden europäischen Stadt bilde.
- Nicht die Weiterentwicklung der Europäischen Stadt sei das Thema, sondern die zunehmende Differenz zwischen glitzernden Metropolen und abgehängten Dörfern. Bisher war Modernisierung allenthalben als Fortschritt zu erfahren, bestimmt von der Verstädterung als Urbanisierung der Lebensweise, ohne dabei die Gestalt der (alten, traditionellen) europäischen Stadt zu transformieren. Heute sei dieser Prozess von Rückschritten gekennzeichnet, man müsse daher besser von einer „Brasilianisierung“ sprechen.

2.3. Was wird aus sozialer Regulation und sozialem Ausgleich unter Schrumpfungsbedingungen?

Rainer Land

Anm. der Hrsg.: Die hier veröffentlichte Textversion des Beitrags kam auf dem Symposium in verkürzter Form zum Vortrag.

Erosion, Auflösung der fordistischen Erwerbsarbeit und Schrumpfung sind zwei eng miteinander verwobene Prozesse. In der sozioökonomischen Berichterstattung und der neuen Ostdeutschlandforschung¹ gehen wir davon aus, dass sie zu einem weit reichenden Umbruchsszenario gehören, das etwa Ende der siebziger Jahre begann. Da es um den *Umbruch der fordistischen Sozialökonomie* geht, zunächst ein kurzer Blick zurück auf dieses System wirtschaftlicher Entwicklung, das nach Weltwirtschaftskrise und zweitem Weltkrieg in den USA entstand und in verschiedenen nationalen Varianten die Entwicklung der kapitalistischen Industrieländer bestimmte.²

Massenproduktion und Massenkonsumtion, betrieblich organisierte Erwerbsarbeit und konsumtiv organisierte private Haushalte (Reproduktion der Arbeitskraft in Ein-Generationen-Kleinfamilien) werden als typische Merkmale genannt. Unter der Voraussetzung der für jeden kapitalistischen Wirtschaftskreislauf typischen Scheidung von Betrieb und Haushalt wird deren Zusammenhang über Erwerbsarbeit hergestellt, die beiden Bereichen angehört und deren Zusammenhang in Form eines Kreislaufs von Arbeit, Lohn und industriell gefertigten Konsumgütern vermittelt. Worin besteht die wichtige Differenz des Fordismus zu vorherigen Systemen der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung? Im Fordismus wird die Ausweitung der Konsumtion der Lohnarbeiter selbst zur Voraussetzung und Grundlage der Kapitalverwertung, was Burkart Lutz als „innere Landnahme“ bezeichnet (Lutz 1989). Der vorher noch neben der kapitalistischen Industrie vorhandene traditionelle Sektor, bei dem Betrieb und Haushalt eine Einheit bilden und in dem nicht die Kapitalverwertung, sondern die Reproduktion der Hauswirtschaft die Logik wirtschaftlicher Entwicklung bestimmte, verschwindet im Fordismus weitgehend, seine Betriebe – zuletzt auch die landwirtschaftlichen Familienbetriebe – wandeln sich in kapitalistisch wirtschaftende.

Der Fordismus ist ein Typ *wirtschaftlicher Entwicklung*, seine typischen Strukturen erklären sich nicht aus dem Zustand, sondern aus seiner Dynamik. Entscheidend für sein Funktionieren ist die Vermittlung, die Koevolution einer wachsenden industriellen Massenproduktion mit sich qualitativ verändernden konsumtiv organisierten Lebensweisen der Erwerbstätigen. Eine bestimmte Richtung der *Entwicklung der Produktion* (Produktivität, Wachstum, Innovations- und Produktionsmodelle) und eine dazu passende *Entwicklung der Teilhabe* der Erwerbstätigen über qualitativ und quantitativ wachsende Konsumtion, wachsende standardisierte öffentliche Dienstleistungen (Schule, Ausbildung, bestimmte Infrastrukturleistungen, Massenkultur u. ä.) und politisch geregelte, ebenfalls standardisierte Mitbestimmung gehören zusammen. Dieser Zusammenhang der Entwicklung von Wirtschaft und Leben ist höchst voraussetzungsvoll. Dazu gehört z.B. eine an der Produktivitätsentwicklung orientierte Organisation der Lohnfindung und der Transfereinkommen, die Produktivität und wirtschaftliches Wachstum anders als in vorangegangenen Etappen des Kapitalismus vor allem über das Wachstum der Masseneinkommen und der Massenkonsumtion induziert.

¹ www.SOEB.de; www.ostdeutschlandforschung.de

² Die staatssozialistische Variante der Sowjetunion und der anderen RGW-Staaten soll hier nicht weiter beleuchtet werden. Vgl. dazu Land 1992

Das Funktionieren einer fordistischen Sozioökonomik erfordert und schafft eine eigene Kultur der Vermittlung von Arbeit und Leben, zu der nicht nur formelle Institutionen, Werte und subjektive Orientierungen gehören, sondern zuerst eine ganze Welt sachlicher und zeitlicher Organisationsformen des Arbeitens und des Lebens: Fabriken, Gewerbegebiete, Wohngebiete, Häuser, Wohnungen, Wohnungseinrichtungen und Gebrauchsgegenstände, industriell produzierte Lebensmittel und Haushaltswaren, Verkehrssysteme, Organisationsformen der Städte und Dörfer und ihrem speziellen gegenständlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang.

Zum Fordismus gehört ein an die Erwerbsarbeit gekoppeltes System *sozialer Regulation*. Es bearbeitet die spezifischen sozialen Probleme dieser Sozialökonomik. Dazu gehören einerseits die Passagen im Lebenslauf: Jugend- und Ausbildungszeit, Wechsel ins Erwerbsleben, Ausscheiden aus dem Erwerbsleben sowie die Unterbrechungen, die im Laufe der Erwerbstätigkeit zu überbrücken sind. Andererseits sind es die konjunkturellen Schwankungen und der sich aus der fordistischen Entwicklung ergebende Strukturwandel, der temporär zur Freisetzung von Arbeitskräften (oder auch zu Arbeitskräftemangel bzw. beidem nebeneinander) führen kann. Die Bearbeitung dieser Probleme erfordert soziale Regulation und Ausgleich, die in Deutschland ganz überwiegend durch den *Sozialversicherungsstaat* erfolgten. Diese sozialen Bearbeitungsformen und die dazu gehörigen Transfereinkommensarten sind ein notwendiger und essentieller Teil der fordistischen Erwerbsarbeit, ohne die diese nicht funktionieren könnte. Fast alle sozialen Regulations- und Ausgleichsmechanismen sind im Fordismus dynamisch an die Erwerbsarbeit gekoppelt, die Transfereinkommen wachsen gekoppelt an die Erwerbseinkommen.

In dem Umbruchsszenario seit Mitte der 1970er Jahre beobachten wir zunächst eine allmähliche Auflösung dieses spezifischen Entwicklungszusammenhangs, eine zunehmende Erosion der Erwerbsarbeit. Es entsteht überflüssige Erwerbsbevölkerung – und parallel dazu werden Teile der sachlichen Welt, Fabriken, Häuser, Wohngebiete, Infrastrukturteile überflüssig. Es entstehen neue soziale Problemlagen. Im Unterschied zu den spezifischen sozialen Problemlagen des Fordismus sind sie unspezifisch: es sind *multiple* Problemlagen, die nicht „lösbar“ sind, durch ihre Bearbeitung nicht verschwinden, sondern immer weiter reproduziert werden.

Für diese Problemlagen entsteht im Umbruch ein neuer, eigener Modus der sozialen Regulation, den wir *sekundären Integrationsmodus* genannt haben und dessen entwickelte Gestalt wir in Deutschland zuerst und ausgeprägt im Osten finden. Er bearbeitet nicht mehr die „normalen“ Disproportionen fordistischen Strukturwandels, sondern die Krise der fordistischen Erwerbsarbeit, und zwar in paradoyer Weise durch „Simulation“ von Erwerbsarbeit und an Erwerbsarbeit gebundener Regulation. Die *Krise der Erwerbsarbeit* wird mit den Mitteln der Erwerbsarbeit bearbeitet, soziale Exklusion aus der Erwerbsarbeit wird durch sekundäre Integration vollzogen, Integration wird dabei selbst zum Mittel gesellschaftlich regulierter Exklusion.

Das zentrale Phänomen des Umbruchs war zunächst die wachsende Arbeitslosigkeit, die Sockelarbeitslosigkeit, die in den Prosperitätsphasen nicht mehr verschwand und seit Mitte der 1970er Jahre von Rezession zu Rezession weiter anstieg. Dazu gehörten aber auch die Ausweitung neuer, von den normierten fordistischen Arbeitsformen³ abweichende Erwerbsformen: befristete und geringfügige Beschäftigung, prekäre Beschäftigungsformen, neue Formen „abhängiger“ Selbständigkeit, die fast immer schlecht bezahlt sind und ganz oder teilweise aus den an der Normalarbeit justierten sozialen Sicherungen herausfallen.

³ Für die Bundesrepublik Deutschland (West) sind zwei Typen des normierten fordistischen Arbeitsverhältnisses und Erwerbsverlaufs zu unterscheiden. Die lebenslange Vollzeitbeschäftigung ohne oder mit seltenen Unterbrechungen dominiert bei den Männern. Die Teilzeitbeschäftigung oder geringfügige Beschäftigung mit mehr Unterbrechungen ist nicht existenzsichernd und wurde als Ergänzung zum Vollverdiener überwiegend von Frauen ausgeübt.

Überflüssige Erwerbsbevölkerung entsteht, wenn der Wirtschaftsprozess die aus der Produktivitätsentwicklung und dem Umbruch der Produktionsstrukturen resultierende Freisetzung von Arbeit nicht durch entsprechendes Wachstum bzw. den Aufbau neuer Produktionsfelder ausgleichen kann. Mit Beginn der Krise in den späten 70er Jahren stauten sich Überflüssige zunächst in den vorhandenen fordistischen Sozialsystemen, die Dauer der Arbeitslosigkeit nahm zu, die Teilnehmerzahlen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik stiegen.

In Ostdeutschland ergab sich diese Situation zunächst als Folge des Transformationsschocks, der sich anschließenden Deindustrialisierung, die zu Arbeitslosenquoten von über 20 Prozent führten, die in der zweiten Hälfte der 90er nicht wieder verschwanden, sondern sich dauerhaft auf diesem Niveau eingependelten. Wir sehen in dieser Entwicklung nicht nur eine transformationsbedingte Besonderheit, sondern ein zugesetztes und zeitlich konzentriertes Umbruchsszenario.

Zwar wurden mit der deutschen Einheit auch die Institutionen der Regulation sozialer Probleme weit gehend übertragen, aber die zu lösenden Probleme waren nicht temporärer Art, es handelte sich nicht nur um einen beschleunigten Strukturwandel. Der übliche fordistische Modus der Bearbeitung von Problemen des Konjunkturverlaufs und des Strukturwandels durch Vermittlung, Umschulung, Vorruststand etc. konnte nicht greifen. Die neuen sozialen Probleme des Umbruchs, die Erosion der fordistischen Erwerbsarbeit, die überflüssige Erwerbsbevölkerung konnten nicht dauerhaft als regulierbare Disproportionen wahrgenommen werden. Daher veränderte sich zwangsläufig die Praxis, es entstand ein eigenes System von Verfahren, Institutionen und Organisationen (diverse Maßnahmetypen, Fallmanagement, Beratungsangebote, Regelungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige und Langzeitarbeitslose, Trägerstrukturen), mit dem Arbeitslosigkeit nicht überwunden, aber als Dauerproblem bearbeitet wird, mit dem Arbeitslose in „Bewegung“ gehalten, „integriert“ werden.

Wir schätzen nach unseren Untersuchungen, dass in Ostdeutschland knapp die Hälfte der Erwerbspersonen in quasifordistischen Beschäftigungsverhältnissen arbeitet. Die andere Hälfte ist gewollt oder ungewollt nicht erwerbstätig, arbeitslos, prekär oder geringfügig beschäftigt. Ein Anteil von mehr als einem Drittel hat sogenannte „unterbrochene Erwerbsverläufe“. Darunter verstehen wir in diesem Zusammenhang aber nicht Unterbrechungen, die im Lebenslauf zwischen längeren Beschäftigungsphasen auftreten können, z.B. in Form von Kindererziehungszeiten, sondern den eher kurzfristigen und sich wiederholenden Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (Umschulungen, Bewerbungstraining, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und neuerdings den Ein-Euro-Jobs), geförderter und zuweilen auch befristeter nicht geförderter Beschäftigung. Diese unterbrochenen Erwerbsverläufe sind u.E. das zentrale Phänomen des sekundären Integrationsmodus, die konkrete Gestalt des Überflüssig-Seins, die der sekundäre Integrationsmodus erzeugt. Hier setzt auch die soziologische Messung an, die der Frage nachgeht, wie hoch der Anteil der Erwerbstätigen mit solchen Erwerbsverläufen nach Geschlechtern bzw. in einzelnen Altersgruppen und Regionen ist, wie sich diese Anteile im Verlauf des Umbruchs ändern und mit welchen qualitativ zu beschreibenden neuen sozialen Problemlagen sie verbunden sind.

Unsere Untersuchungen sozialer Problemlagen in einer Region Mecklenburg-Vorpommerns und die Analyse von Erwerbsverläufen mit Verlaufsdaten der Bundesagentur für Arbeit zeigen die Verteilung von Erwerbsarbeit, Leistungsbezug (Lohnersatz) und Maßnahmen (Umschulungen, ABM, SAM) im Erwerbsverlauf zwischen 1995 und dem Jahr 2000 (Alda u.a. 2004, Land 2004).

- Knapp die Hälfte der Ostdeutschen in abhängiger Beschäftigung befand sich nach wie vor in Erwerbsverläufen, die dem klassischen fordistischen Erwerbsverlauf zu entsprechen scheinen, also kaum aus Arbeitslosigkeit resultierende Lücken aufweist. In Westdeutschland beträgt dieser Anteil noch etwa 60 bis 70 Prozent. Weitere 10 Prozent

weisen in den Beschäftigungssequenzen kurze Unterbrechungen auf, die man als „Sucharbeitslosigkeit“ interpretieren kann. Zusammen mit den ununterbrochen Beschäftigten beträgt das Segment „quasi-fordistischer“ Erwerbsverläufe also etwas mehr als 58 Prozent⁴. In Westdeutschland waren es im Jahr 2000 noch über 75 Prozent. Man kann davon ausgehen, dass dieser Anteil in den letzten Jahren parallel zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung weiter zurückgegangen ist. Natürlich bedeutet dieser Befund nicht, dass die Erwerbstätigen in solchen Erwerbssituationen von der Erosion der fordistischen Erwerbsarbeit überhaupt nicht betroffen wären. Auch hier ist davon auszugehen, dass es Wirkungen auf die Lohnentwicklung, auf die Arbeitsbedingungen und den Leistungsdruck gibt und zunehmende Risiken zu bewältigen sind.

- Auf der anderen Seite finden wir einen geringen Anteil von Personen, die länger als 18 Monate arbeitslos sind. Er liegt mit etwa 7 Prozent der SV-Erwerbstätigen im Osten zwar höher als in den westlichen Bundesländern, macht aber weniger als ein Viertel der stichtagsbezogenen Arbeitslosenquote aus und der Anteil der Dauerarbeitslosen an allen Arbeitslosen war geringer als im Westen.⁵
- Deutlich größer ist der Anteil der Personen mit „unterbrochenen Erwerbsverläufen“, er erreicht die Größenordnung von einem Drittel der Erwerbstätigen, bei 26 Prozent aller Sozialversicherungspflichtigen überwiegen Leistungsbezug und Maßnahmen. Nimmt man die ununterbrochen Arbeitslosen dazu, dann ist mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen die überwiegende Zeit des beobachteten Erwerbsverlaufs in Leistungsbezug oder in Maßnahmen. In der Altergruppe über 50 Jahren liegt der Anteil zu Ungunsten der stabil Beschäftigten deutlich höher.
- Die Kombination von Arbeit und Transferbezug, der Kombilohn, ist in diesen Erwerbsverläufen praktisch schon gegeben. Die Leistungsempfänger und Maßnahmeteilnehmer werden zur Flexibilisierungsressource der Wirtschaft und der öffentlichen Arbeitgeber. Für die Betroffenen aber ist diese neue subventionierte Form „flexibler Arbeit“ keineswegs eine Erfolgsstory. Diejenigen, die überhaupt nicht beschäftigt sind, beziehen ein Einkommen von im Mittel 812 Euro; diejenigen, die geringe Beschäftigungsanteile haben, mit 950 Euro nur wenig mehr. Selbst bei überwiegenden Beschäftigungsanteilen erbringen unterbrochene Sequenzen nur 1300 im Unterschied zu Einkommen in quasifordistischen Sequenzen mit 2025 Euro monatlich (alles in Brutto geschätzt auf der Basis der Einkommensangaben der BLH). Der Rückgriff der Unternehmen auf diese Flexibilisierungsressource hat zu einer Annäherung der Löhne an das Niveau der ABM und der Lohnersatzleistungen nach unten geführt.
- Vergleichsuntersuchungen zeigen, dass diese Zahlen zwischen den ostdeutschen Arbeitsamtsregionen nur um wenige Prozent differieren. (Alda u.a. 2004)

Diese Untersuchungen zeigen aus unserer Sicht, dass wir es weder mit einer gleichmäßigen Erosion der Erwerbsarbeit in der gesamten Erwerbsbevölkerung zu tun haben, aber auch nur ein kleiner Teil der Erwerbslosen von Erwerbsarbeit ganz ausgeschlossen ist. Vielmehr sieht es so aus, als bilde sich neben dem immer noch großen, tendenziell aber abnehmenden Anteil quasifordistischer Erwerbsverläufe eine neue Art unsicherer „flexibler“ Erwerbsbeteiligung

⁴ Selbständige, Sozialhilfeempfänger und ein großer Teil der prekären Beschäftigung sind von der Datei nicht erfasst, der Anteil stabiler Beschäftigung wäre noch etwas geringer, wenn man diese Personenkreise berücksichtigen würde.

⁵ Dieser Anteil wäre bei Berücksichtigung der Sozialhilfe deutlich höher. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II gehören die meisten ehemaligen Sozialhilfebezieher zur Kategorie der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und beziehen ALG II. Damit sind sie nicht nur faktisch, sondern auch formell in das System der Bearbeitung im sekundären Integrationsmodus einbezogen. Die meisten würden sich nach 2005 in der Gruppe mit unterbrochenen Erwerbsverläufen befinden.

heraus. Auch in Westdeutschland ist dieser Verlaufstyp in einer Größenordnung von etwa 10 Prozent zu beobachten.

Würde man den besonders in den vergangenen Jahren schnell wachsenden Sektor geringfügiger und geförderter aber nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung⁶ – er ist in Westdeutschland noch etwas größer als in Ostdeutschland – ganz oder teilweise hinzurechnen, käme man zu dem Ergebnis, dass in Ostdeutschland mindestens 50 Prozent der Erwerbstätigen nicht mehr in fordistischen Erwerbssituationen agieren, in Westdeutschland vermutlich 30 bis 40 Prozent.

Wie funktioniert die gesellschaftliche Form der „Regulation“ der „Überflüssigen“, dieser neuen sozialen Problemlagen? Voraussetzung für eine Bearbeitung dieses Typs sozialer Probleme ist ihre personale Identifizierung, also die Zuschreibung des Problems als Merkmal der Individuen, die dadurch zu „Betroffenen mit Integrationsdefiziten“ werden. Die Bearbeitung der so personalisierten Defizite erfolgt unter der fiktiven Prämisse ihrer Überwindung; dies kann im Einzelfall gelingen, aber nicht massenhaft, denn jeder Erfolgsfall produziert einen Überflüssigen an anderer Stelle, solange die Umbruchssituation selbst andauert. Im Zuge dieser Zuschreibung und der Bearbeitung von Defiziten an der Person wird der multiple Charakter dieser Problemlagen erkennbar: was mit Arbeitslosigkeit und Mindereinkommen anfing, wird im Zuge der Behandlung des Überflüssigen immer komplexer: Qualifikations- und Motivationsdefizite werden festgestellt, Mobilität und Flexibilität sind zu gering, die Ressourcen reichen nicht zum Lebensunterhalt, Familienprobleme, Schulden, Sucht und sozialer Kompetenzmangel werden diagnostiziert und sollen durch Maßnahmen und Anreize „behandelt“ werden. Am Ende stellt sich heraus, dass jeder Überflüssige mehr oder weniger alle Probleme hat, die man nur haben kann – das eine mehr, das andere weniger.

Der sekundäre Integrationsmodus, d.h. die Institutionen, Organisationen und Verfahren zur Bearbeitung dieses Typs von Problemlagen, ist erst im Umbruch entstanden, und zwar in *Ostdeutschland*. Einzelne Elemente gab es vorher schon in Westdeutschland, so ABM und andere Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – aber in einem anderen, dem alten fordistischen Funktionszusammenhang. Die Ausdifferenzierung und stringente Durchfunktionalisierung dieses neuen Modus, der Brücken nicht mehr in die Erwerbsarbeit bauen kann, Probleme nicht lösen, sondern nur weiterwälzen kann, Brücken an Lücken und Lücken an Brücken ins Blaue hinein baut, vollzog sich in den 90er Jahren. Ausgangspunkt war der Versuch, die Instrumente der Bearbeitung von Problemen der fordistischen Erwerbsarbeit zur Bearbeitung erst des Transformationsschocks, dann der Deindustrialisierungsfolgen und schließlich der Folgen des sozioökonomischen Umbruchs in Ostdeutschland schlechthin anzuwenden. Der damit verbundene Funktionswandel der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik leitete die Entstehung des sekundären Integrationsmodus ein, die Dauerkrise weitete sie aus und führte zu einer Expansion alter Instrumente mit neuen Namen oder neuer Instrumente mit alten Namen.

Mit den Hartz-Gesetzen der Agenda 2010 erfolgte schließlich im Nachhinein die abschließende Institutionalisierung (Institutionen folgen der veränderten Praxis, wie man hier sieht). Mit dieser Institutionalisierung erfolgten zugleich die rechtliche und organisatorische Abkopplung des sekundären Integrationsmodus vom primären sowie die Begrenzung des Teilhabeprinzips, das für den sekundären Integrationsmodus faktisch nicht gilt. Die Leistungen, die dem Einzelnen für seinen Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, werden nicht durch Teilhabe, sondern durch Existenzsicherung bemessen, sie und noch mehr alle

⁶ „Die Entwicklung bei den Minijobs war seit Einführung der neuen Regelungen im April 2003 sehr dynamisch. Differenzierte Auswertungen liegen bis zum März und Trendschätzungen bis zum Juni 2004 vor. Danach hat die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohten Beschäftigten von März 2003 bis März 2004 um 523.100 oder 12,6 Prozent auf 4.658.900 zugenommen. Bis Juni 2004 gab es einen weiteren Zuwachs auf 4,84 Mio.“ BA (2004: 3)

darüber hinausgehenden Leistungen, die an sich auf die Wiederherstellung von Teilhabe zielen – wie Qualifizierung, Arbeitsgelegenheiten, Unterstützung von Bewerbungen etc. – liegen außerhalb der Verfügungsgewalt und Selbstbestimmung des Individuum, sie werden staatlich verordnet und kontrolliert, sind an verpflichtende Bedingungen geknüpft, sind also gerade das Gegenteil von Teilhabe. Fürsorge und Kontrolle ist das Leitmotiv, ins Offizielle übersetzt: Fördern und Fordern.

Im Umbruch haben wir es also nicht einfach mit Rückgang oder Zusammenbruch der sozialen Regulation zu tun, auch nicht mit allgemeiner Exklusion aus dem System der Erwerbsarbeit und ihrer sozialen Sicherung, sondern mit einer neuen Form der Regulation der Krise: dem Versuch, die Krise der Erwerbsarbeitgesellschaft mit den Mitteln der Erwerbsarbeit zu bewältigen.

Schrumpfung, genauer, das Nebeneinander von dynamisch wachsenden Orten und vielen schrumpfenden Orten und Regionen, ist ein wichtiger Teil des Umbruchsszenarios, der eng mit der Erosion der Erwerbsarbeit zusammenhängt. Empirisch ist dies evident, wenn man sich klar macht, dass der Rückgang der Geburtenraten und auch die Alterung der Bevölkerung bezogen auf Deutschland insgesamt nur einen kleinen, fast könnte man sagen, einen unbedeutenden Teil der Schrumpfungsszenarien verursacht. Die eigentliche Ursache ist die fragmentierte Entwicklung, die ungleiche Verteilung der Erwerbsmöglichkeiten, die die Abwanderung aus Ostdeutschland nach Westdeutschland auslöst oder auch kleinteilig die Wanderung aus Orten und Regionen mit Abwärtsentwicklung in solche mit besseren Chancen. Dabei wandern nicht so sehr die Personen mit den schlechtesten Arbeitsmarktchancen – sie haben oft nicht die Ressourcen und hätten auch anderswo nur wenige Möglichkeiten. Es wandern eher junge Menschen mit oft guter Ausbildung, die zwar eine Arbeit haben, aber keine längerfristige Perspektive sehen, mit der Entlohnung, den Aufstiegsmöglichkeiten oder den Arbeitsbedingungen unzufrieden sind (Vgl. Dienel u. a. 2004).

Überflüssige Bevölkerung und überflüssige Siedlungen, Fabrikgelände, Häuser, Stadtteile und Dörfer, Schulen und Infrastruktur sind zwei Seiten des Umbruchs, in dem aber auch Neues entsteht: neue Geschäftsideen und Produkte, neue Verwendungen für liegen gebliebene Ressourcen. Vorsichtiges Tasten nach neuen Wegen, innovative Unternehmen, Raumpioniere, verrückt scheinende Ideen, aber auch windige Unternehmungen, Baulöwen, Spekulanten und Abzocker gehören in ein solches Szenario. Nur passen neue Entwicklungen nicht ohne weiteres in die alten und institutionell immer noch gesicherten Muster fordistischer Entwicklung, fast alles erscheint dubios und vieles davon wird sang- und klanglos verschwinden. Man weiß nicht sicher, was Zukunft haben könnte, wehrt sich gegen möglicherweise Zukunftsfähiges und fällt auf mancherlei Unsinn herein. Es ist unklar, welche Entwicklungen tragfähig werden, ob und wie durch die Rekombination und Funktionswechsel Altes und Neues zu einem neuen, dann „nachfordistischen“ System wirtschaftlicher Entwicklung zusammen wachsen können. Neue Entwicklungen im Umbruch sind daher immer Experimente, keine von vornherein stringenten Lösungen, nicht „planmäßig“ herbeizuführen. Unsicherheit aber kostet Zeit und Geld.

Der sekundäre Integrationsmodus als Bearbeitungsform für das Problem überflüssiger Erwerbsbevölkerung und der Stadtumbau als Form des Umgangs, der Refunktionalisierung und Reorganisation überflüssig werdender Teile der raum-gegenständlichen Welt ähneln sich in ihrer Unzulänglichkeit. Beide bearbeiten neue Probleme mit den alten, wenn auch modifizierten Verfahren, zielen aber kaum auf eine neue Entwicklungsrichtung. Sie simulieren Erwerbsarbeit, sie simulieren Wachstum, um Schrumpfung unter Kontrolle zu halten.

Beide Bearbeitungsformen sind (noch?) der Reparatur und Erhaltung des Alten verpflichtet, dem Versuch durch „Abspecken“ halbwegs klarzukommen. Deshalb lohnt es sich an dieser Stelle zu spekulieren, wie Bearbeitungsformen der Probleme des Umbruchs

aussehen könnten, deren Ziel es wäre, durch Experimentieren Zukunft wieder und neu zu gewinnen. Ich beschränke mich hier auf das Feld der Erwerbsarbeit – für den Stadtumbau könnte man Analogien versuchen.

1. Da es keinen Masterplan eines nachfordistischen Entwicklungstyps gibt (der wird erst im Experimentieren erfunden), kann es nicht um einen planmäßigen und politisch-bürokratisch gestaltbaren Umbau der Gesellschaft gehen. Das Entscheidende wäre daher, einen *Modus des Experimentierens* zu finden, also Ressourcen für Experimente frei zu machen und Kompensation und Sicherungen im Fall des Scheiterns in die Sicherungssysteme einzubauen. Dazu gehört, immer mehrere unterschiedliche Ansätze zuzulassen und zu erproben, externes Benchmarking nicht zum Selektionskriterium zu machen, sondern soziales Lernen bei den Akteuren zu fördern.
2. Ein neuer Entwicklungstyp wird aus meiner Sicht nicht darin bestehen, die bisherigen Strukturen einfach zu verkleinern und so zu konservieren, also auf Entwicklung, Produktivitätssteigerung und Wachstum zu verzichten. Denn damit würden die Probleme weiter fortgeschrieben und angestaut. Es geht m.E. um *qualitativ neue Entwicklungsrichtungen*, um eine neue wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Jede neue Dynamik muss Kapitalverwertung und Entwicklung der Lebensweisen auf Zeit in einen kohärenten und dynamischen Zusammenhang bringen, also auch sinnvolle Lebensperspektiven neuer Art eröffnen. Mögliche Entwicklungsrichtungen kann man heute erst im Ansatz erkennen, wenn auch kaum in ihrer Komplexität und Vielfalt. Sie werden unter dem Begriff der Nachhaltigkeit diskutiert. Der Umbau der Energiesysteme, regenerative Energie und nachwachsende Rohstoffe sind ein zentrales Feld, ohne dass eine künftige Wirtschaftsentwicklung weder global noch lokal denkbar ist. Ökologischer und sozialer Stadtumbau, neue Dienstleistungen, nachhaltiger Konsum wären weitere Beispiele. Experimentieren hieße zu erproben, ob und wie sich neue technologische und wirtschaftliche Möglichkeiten mit neuen Lebensentwürfen, mit Perspektiven sinnvollen Arbeitens und Lebens, praktisch verbinden. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass die fordistische Orientierung der Lebensweisen am wachsenden Konsum durch eine Orientierung auf die Sicherung der Zukunft und die Verbesserung der Lebensqualität abgelöst werden könnte. Daraus könnten weitreichende Veränderungen der Produktion, der Konsumgüter, der Verkehrssysteme, des Wohnens u. a. m. folgen.
3. Hat die Erwerbsarbeit eine Zukunft? Ich meine ja, aber nicht in ihrer fordistischen Gestalt. Die Vorstellung einer Gesellschaft jenseits der Erwerbsarbeit kann ich nicht teilen. Das Problem liegt m.E. woanders: Resultat der Produktivitätsentwicklung ist ein Zuwachs an *disponibler Zeit* – selbst wenn die Entstehung neuer, nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen und der Umbau der Energie- und Rohstoffsysteme wieder zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen könnten. Derzeit ist die disponibile Zeit ebenso ungleich verteilt wie die Erwerbsarbeit. Vorschläge für ein existenzsicherndes Grundeinkommen unabhängig von jeder Erwerbsbeteiligung laufen darauf hinaus, die notwendige Arbeit für einen Teil der Bevölkerung, die disponibile Zeit für einen anderen festzuschreiben. Auch wenn ein Grundeinkommen den Überflüssigen einen größeren Anteil am konsumtiv zu verwendenden Reichtum verschafft, wären beide Teilhabeformen getrennt. Dies ist aus meiner Sicht weder eine funktionsfähige Lösung noch entspricht sie den Traditionen einer an universellen Teilhabevorstellungen orientierten modernen, aufgeklärten Gesellschaft. Das Prinzip kann aus meiner Sicht nur sein, dass jede und jeder einen fairen Anteil an beiden gesellschaftlichen Zeitfonds, an der Erwerbsarbeit *und* an der disponiblen Zeit erlangen kann. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass das Modell einer weit reichenden Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht die Lösung sein dürfte. Abgesehen davon, dass die Reduzierung der Wochenarbeitzeit (zugunsten von mehr

konsumtiv nutzbarer Freizeit) eher in die alte Welt einer fordristischen Regulation gehörte, weiß man heute, dass die Unternehmen mit beschleunigter Rationalisierung reagieren und die Arbeitszeitverkürzungen der wachsenden Sockelarbeitslosigkeit hinterher laufen.

Aus meiner Sicht ist die *Flexibilisierung der Erwerbsarbeit* ein lohnendes Experimentierfeld, für das eine sozial progressive Lösung gefunden werden müsste. Dabei kann es aber nicht darum gehen, die Flexibilisierung einfach den Beschäftigten samt der damit verbundenen Lasten aufzubürden. Ein System flexibler, mit disponibler Zeit besser kombinierbarer Erwerbsarbeit, das den Pfad der fordristischen Kolonnenarbeit verlässt, erfordert andere Arbeitsregime in den Betrieben ebenso wie bei den Erwerbstätigen. Dies betrifft nicht nur Arbeitszeitregelungen, sondern noch mehr die Fähigkeit der Betriebe und der Sozialsysteme, den temporären Einstieg und Ausstieg, den Wechsel zwischen betrieblicher Arbeit, Qualifizierung, Projektarbeit, gemeinnütziger (unentgeltlicher) Arbeit, Familienzeiten usw. zu ermöglichen und sozialstaatlich abzusichern. Die Betriebe der Zukunft werden lernen müssen, ihre Produktion mit Belegschaften zu organisieren, von denen vielleicht 30 oder gar 50 Prozent jährlich wechselt, ein Teil der Beschäftigten die Arbeit auch für längere Zeit unterbrechen kann, sich in Qualifizierung, in gemeinnützigen Projekten oder Familienzeiten betätigt. Für die Beschäftigten ist ein freiwilliger und gewollter Wechsel zwischen Erwerbs- und Nichterwerbszeiten aber nur möglich, wenn es Sicherheiten für den Wiedereinstieg gibt (z.B. durch Poollsungen), wenn soziale Sicherungen auch für Zeiten ohne Erwerbsarbeit gegeben sind und wenn flexible Erwerbsarbeit mit langfristig angelegten Lebensperspektiven vereinbar werden. Flexibilität dürfte also nicht wie heute automatisch Unsicherheit, höhere Risiken und höhere Lasten bedeuten, lauter Nachteile gegenüber dem alten Normalarbeitsverhältnis. Betriebe wollen zwar flexible Beschäftigte, sie sind bislang nur in Ausnahmefällen in der Lage und bereit, Arbeits- und Organisationsformen sowie rechtlich gesicherte flexible Beschäftigungsverhältnisse zu erproben, die eine solche Form der Erwerbsarbeit auch zum Vorteil für das Leben der Arbeitenden werden ließe.

4. Flexible Erwerbsarbeitsformen in den Betrieben und soziale Sicherungen auch für Unterbrechungen der Erwerbsarbeit bzw. für neue Formen der Erwerbsarbeit (z.B. die Selbständigkeit) vorausgesetzt, könnte man sich vorstellen, dass eine neue Kultur der Kombination von Erwerbsarbeit, unbezahlt gemeinnütziger Projektarbeit und Eigenarbeit entsteht. Erforderlich wäre, an stelle der alten Lohnersatzleistungen für Arbeitslose ein Transfereinkommen im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme zu schaffen, das ein Grundeinkommen für Nichterwerbszeiten sicherstellt. Gesellschaftlich wäre die Größenordnung der Differenz zwischen dem benötigten und potenziellen Volumen an Erwerbsarbeit abzuschätzen und eine entsprechende Regelung zur Nutzung erwerbsfreier Zeiten zu schaffen. So könnte man sich vorstellen, dass nach je vier oder fünf Jahren das Anrecht auf ein grundeinkommensfinanziertes Jahr entsteht, das in einem selbst bestimmten Zeitrahmen in Anspruch genommen werden kann, aber unter der Voraussetzung, dass man in dieser Zeit auf Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen verzichtet, Grundeinkommen bezieht und eine gesellschaftlich nützliche, aber selbst zu bestimmende Tätigkeit ausübt, z.B. Qualifizierung, Zusatzstudium, Projektarbeit, Kindererziehung, Sozialarbeit, Entwicklungshilfe. Manches aus dem Zivildienst, dem sozialen oder ökologischen Jahr könnte hier übernommen werden. Die disponibile Zeit würde dann nicht wie heute verschwendet (im Warten auf Arbeit oder in fremdbestimmten, ineffizienten Maßnahmekarrieren), sondern könnte individuell und gesellschaftlich nützlich als Zeit für Tätigkeit außerhalb des Erwerbs

verwendet werden – eben auch als Zeit für das Experimentieren mit neuen Lebensformen. Allerdings kann eine freie Arbeit außerhalb der Erwerbsarbeit nicht durch eine Behörde in Form von mehr oder weniger erzwungener Arbeit organisiert werden. Partizipation an der disponiblen Zeit setzt voraus, dass die Individuen selbst über diese Zeit verfügen, selbst bestimmen, was sie wo machen wollen, ob und bei welchem Träger sie arbeiten wollen, ob sie ein eigenes Projekt verfolgen oder sich einem anderen anschließen wollen. Der Sozialstaat hätte nur die Einhaltung der Spielregeln zu kontrollieren, einen Rahmen zu schaffen und die erforderliche Umverteilung von Zeit und Einkommen zu regeln.

Wenn der Staat über die disponibile Zeit verfügte und ihre Verwendung für bestimmte Maßnahmen vorschreibe, bliebe es bei der „Simulation“ von Erwerbsarbeit durch zweite, dritte und vierte Arbeitsmärkte, um den Schein von Wirtschaft, nicht um die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens, sofern es Nicht-Wirtschaft ist. Genau darauf laufen aber Vorstellungen hinaus, die die disponibile Zeit in Form eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, also wieder als Erwerbsarbeit, verfügbar machen wollen, um Kultur, Bildung, Soziales oder Ökologisches auf- und auszubauen. Aus meiner Sicht geht es nicht um die erneute Ausweitung der Erwerbsarbeit, um die Umwandlung der disponiblen Zeit in Erwerbsarbeit, sondern um ihre Nutzung für die freie und selbstbestimmte Tätigkeit außerhalb wirtschaftlicher Verwertung. Nur ein Teil des Lebens und der Gesellschaft lässt sich sinnvoll durch Kapitalverwertung und Erwerbsarbeit gestalten.

Die Differenz zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und selbstbestimmter gesellschaftlicher oder individueller Eigenarbeit, die außerhalb von Kapitalverwertung oder staatlicher Verwaltung erfolgen muss, könnte zum Ausgangspunkt einer neuen Gestalt der Arbeit werden. Dies bedeutet nicht, das Prinzip der Kapitalverwertung als Prinzip wirtschaftlicher Entwicklung auszuschließen, sondern es genau für den Bereich anzuwenden, für den seine Voraussetzungen stimmen, und die disponibile Zeit für die Entwicklung jener gesellschaftlichen Bereiche nutzbar zu machen, in denen keine handelbaren Güter und Leistungen erzeugt, sondern kulturelle Voraussetzungen des Lebens erarbeitet werden. Bei der Unterscheidung von Erwerbsarbeitszeit und disponibler Zeit geht es aus meiner Sicht um die Unterscheidung zwischen Wirtschaft und Nichtwirtschaft, um die Erzeugung der allgemeinen Bedingungen menschlicher Gesellschaft, um Kultur, Erziehung, um Kinder und Familie, um Bildung, Wissenschaft, Kunst, Lebenswelt überhaupt, die auch Arbeit erfordern, aber eben nicht nur kapitalverwertende Erwerbsarbeit. Die Vorstellung, man könne die Arbeitslosigkeit dadurch beseitigen, dass man auch die Tätigkeiten außerhalb der Wirtschaft als fremdbestimmte Erwerbsarbeit organisiert, also die Paradoxie einer öffentlich finanzierten Kapitalverwertung simuliert, bleibt ganz dem alten Paradigma verhaftet: alle Arbeit sei letztlich Erwerbsarbeit und müsse wie Erwerbsarbeit bezahlt werden.

Die finanzielle Grundlage der freien Arbeit, der gesellschaftlich sinnvollen Verwendung der disponiblen Zeit kann nicht ihre Bezahlung als Erwerbsarbeit sein, sondern nur ein Transfereinkommen, dass einen Teil des Ertrags der Erwerbsarbeit so umverteilt, dass es für Zeiten außerhalb der Erwerbsarbeit verfügbar wird. Es geht also um eine Regulation, die die von den Individuen selbst bestimmte gesellschaftlich nützliche Verwendung der disponiblen Zeit ermöglicht.

Diese Spekulationen sind nicht dazu gedacht, ein Programm des Umbaus der fordistischen Erwerbsgesellschaft zu skizzieren. Auf den Aufbruch kommt es an, hat Wolfgang Engler in seinem Buch über die „Ostdeutschen als Avantgarde“ (Engler 2002) geschrieben. Ich will damit andeuten, dass es Denkmöglichkeiten für das Experimentieren mit einer neuen flexiblen Arbeitsgesellschaft geben könnte, in der Erwerbszeiten und disponibile Zeit so kombinierbar

werden, dass der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Entwicklung der Lebensweisen auf neue Art und für eine gewisse Zeit wieder hergestellt werden kann. Und dies wäre keine arme Gesellschaft, vielmehr würde die Umstellung auf qualitativ neue und nachhaltige Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft und das Aufblühen des gesellschaftlichen Lebens in Kultur, Sozialem, Bildung usw. einen enormen wirtschaftlichen Impuls setzen und könnte zudem zu einer erheblichen Steigerung der Lebensqualität führen. Die Visionen sollten insbesondere zeigen, dass Entwicklungen nach dem Fordismus denkbar sind, die mit den Vorstellungen einer anderen, aber eben auch aufgeklärten und modernen Form von Teilhabe kompatibel sind. Das Beschwören der „guten Seiten“ des alten Fordismus ist nicht die einzige politisch korrekte Alternative zur neoliberalen Auflösung der alten Gesellschaft.

Literatur:

- Alda, Holger; Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch (2004): *Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus*. In: *Berliner Debatte Initial 15. Jg.*, H. 2, S. 70 ff.
 Engler, Wolfgang (2002): *Die Ostdeutschen als Avantgarde*. Berlin: Aufbau
 Land, Rainer (1992): *Fordismus und Planwirtschaft*. In: Brie, Michael; Böhlke, Ewald: *Rußland wieder im Dunkeln*. Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin 1992
 Land, Rainer (2004): *Der sekundäre Integrationsmodus*. Vortrag auf dem 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. <http://www.thuenen-institut.de/publikationen.htm>: 28.4.2006
 Lutz, Burkart (1989): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*. Frankfurt a.M./New York: Campus
 Dienel, Christiane; Gerloff, Antje; Leske, Loreen u.a. (2004): <http://www.sgw.hs-magdeburg.de/menschen/berichte2005/abschlussbericht.pdf>: 28.4.2006

Diskussion:

- Der These, die moderne sozialstaatlich verfasste Gesellschaft müsse sich um alle ihre Mitglieder kümmern, könnte doch auch widersprochen werden, nach dem – zugegeben zynischen – Motto: „Überflüssige Menschen könnten auch ‚entsorgt‘ werden.“ Woher nimmt der Referent den Optimismus, dass der sekundäre Integrationsmodus nicht eines Tages auch aufgegeben werden könnte? Zu fragen wäre zudem, welche Freiheit von was gemeint sei.
- Das Konzept des Referenten gehe von einem Drittel „Überflüssigen“ aus, was durchaus fraglich sei. In Ostdeutschland sind das jetzt schon entschieden mehr. Auch hätten die Menschen praktisch keine eigene Entscheidungsfreiheit mehr über ihre Lebensmöglichkeiten, sobald sie dem Modus der sekundären Integration unterworfen sind. Außerdem „bewältigten“ sie diese Freiheit auch nicht.
- Wir erleben nicht die Weiterentwicklung der Europäischen Stadt, sondern deren Auflösung, da es kein an erkennbares Angebot gäbe, in diesen Räumen zu verbleiben. Das Sich-Einrichten in „Hartz IV“ wird gesellschaftlich und individuell negativ bewertet.
- Eine *Auflösung* der Städte bedeute nicht mehr die (von der Moderne angestrebte) *Auflockerung* der Städte. *Fragmentierung* ist ein Bild für die Ratlosigkeit. In der Entgegensetzung von Großstadt und Peripherie, was in aller Regel zu einem Abhängen bzw. „Zurückklassen“ letzterer führt, stecke ebenfalls ein erklärt Aufgeben von Errungenschaften der Moderne.
- Gesucht werde ein „Mittelweg zwischen Katastrophenszenarien und Schönrednerei“. Was wir fürchten, ist der Kontrollverlust – die Angst vor Polarisierungen.

2.4. Gefährden Schrumpfungsprozesse die Governance der Europäischen Stadt?

Mathias Bernt

Im Kontext der Debatte um den Umgang mit Bevölkerungsrückgang und Wohnungsleerstand erlebt gegenwärtig auch das Leitbild der „Europäischen Stadt“ eine neue Konjunktur. Mit der Diskussion gehen allerdings nicht nur städtebaulich-architektonische Orientierungen einher, sondern in der Debatte schwingt oft auch ein politischer Bezug auf die „Europäischen Stadt“ mit, welcher eine – oft direkt als Gegensatz zur „superkapitalistischen“ US-amerikanischen Stadt verstandene – besondere Governancetradition zugesprochen wird. Dabei wird allgemein angenommen, dass diese Tradition besondere Potenziale aufweist, die die Überwindung der tiefen urbanen Krise, in der sich gegenwärtig vor allem die Mehrzahl ostdeutscher Städte befindet, erleichtert. Das vorliegende Thesenpapier versucht, eine Einschätzung dieser Politikorientierung vorzunehmen.

Das Spezifische, das die Governance der Europäischen Stadt von der anderer Stadttypen unterscheidet, wird zwar je nach Autor und Anlass des Textes verschieden definiert – nichtsdestotrotz lassen sich einige Linien skizzieren, die sich ausgehend von den klassischen Texten Max Webers (Weber 1921) bis zu aktuellen stadtsoziologischen Diskussionen (Siebel 2004, Häußermann 2001, Häußermann und Haila 2005, Kazepov 2005, Le Galès 2002) ziehen:

Kennzeichnend für die Europäische Stadt sind demnach nicht allein bauliche Gestalt und lange Geschichte, sondern vor allem die Konstitution von Städten als Kollektivsubjekte, die eigene Rechte und Steuerungspotenziale gegenüber dem Nationalstaat innehaben. Die politische Autonomie, die Selbstverwaltung der Stadtbürger machte im Spätmittelalter den entscheidenden Unterschied aus, durch den sich in Städten jene politische Dynamik entwickeln konnte, die zur kapitalistischen Moderne führte. Obwohl die Autonomie der europäischen Städte seitdem mit dem Siegeszug des Nationalstaates erhebliche Einschränkungen erfuhr, verbleiben bei den Gemeinden nach wie vor wichtige Steuerungsfunktionen. Diese relative Autonomie europäischer Städte als eigenständiger Herrschaftsebene, auf der die Regulation lokaler Gesellschaften verhandelt wird, findet ihren Ausdruck in der Existenz eigener Institutionen, eigener Rechtssatzungen und eines eigenständigen Kommunalhaushaltes.

Ein zentraler institutioneller Ausdruck dieser Konstellation ist das Gewicht, welches kommunale Institutionen der kollektiven Daseinsfürsorge in europäischen Städten haben. Seit Beginn der Industrialisierung, als klar wurde, dass eine liberale Rechtsordnung und eine kapitalistische Wirtschaftsordnung allein nicht in der Lage sein würden, die technischen und natürlichen Voraussetzungen der sich rapide beschleunigenden Urbanisierung zu sichern, haben sich in allen europäischen Industriestädten Verbände entwickelt, mit deren Hilfe die Stadtregierungen die Erbringung städtischer Reproduktionsdienstleistungen (wie Wasserversorgung, Wohnungsproduktion, Transport und Bestattung) in eigene Regie übernahmen. Für die sozialräumliche Regulation europäischer Städte spielten und spielen kommunale Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften und Verkehrsbetriebe, die der Richtlinienkompetenz der Stadtregierung unterstehen und durch ihre (oft an kameralistischen, statt Rentabilitätskriterien orientierte) Wirtschaftsführung sozialpolitische Einflussnahmen ermöglichen, eine zentrale Rolle.

Ein dritter Bereich, der in der Diskussion immer wieder zu den Besonderheiten der europäischen Stadttradition gezählt wird, ist die Bedeutung eines grundbesitzenden „Stadtbürgertums“, dessen Interessen durch die „Verwurzelung“ in der eigenen Parzelle mit dem Schicksal der Stadt verbunden seien, wodurch eine hohe Identifikation des Stadtbürgers mit den Interessen der Stadt entstehe, das in vielfachen Formen bürgerschaftlichen Engagements seinen Ausdruck fände. Gerade der Bezug auf diese Figur des „Stadtbürgers“

erlebt heute in vielen Debatten ein erstaunliches Revival. Angesichts der Krise wohlfahrtsstaatlicher Versorgungssysteme wird sich dabei oft wehmütig der großen Traditionen städtischen Honoratiorenwesens und Mäzenatentums erinnert. „Stadtbürgern“ wird dabei nicht nur zugetraut, ehemals staatlich organisierte Versorgungsleistungen wohltätigerweise zu übernehmen, sondern sie gelten vielfach als Schutz gegen die anonymen „Heuschrecken“ der globalisierten Immobilienmärkte und sogar, wie es ein ehemaliger Berliner Senator ausdrückte, als „Träger städtischer Kultur“ (Strieder 1998) schlechthin.

Dieses Modell ist seit geraumer Zeit der Erosion, unter anderem durch die Auswirkungen von Globalisierung und Europäisierung, ausgesetzt. Unter den Bedingungen der Schrumpfung kommen weitere Herausforderungen hinzu, die alle drei skizzierten Governancetraditionen der Europäischen Stadt zum Bröckeln bringen:

a) Schrumpfende Städte – schrumpfende Haushalte – schrumpfende Handlungssubjekte

Ein erster Problembereich findet sich dabei im Komplex der Auswirkung von wirtschaftlichem Bedeutungsverlust und Bevölkerungsrückgang auf die Kommunalhaushalte. Die Beantwortung der Frage, ob Städte eine eigenständige Rolle als Kollektivsubjekte spielen können, hängt schließlich in entscheidendem Maße von dem Handlungsspielraum ab, innerhalb dessen sie eigene Ziele umsetzen können. Dieser ist nicht nur durch nationalstaatliche Gesetze eingeschränkt, sondern vor allem auch Ausdruck der jeweiligen Finanzsituation. Die finanzielle Ausstattung einer Kommune ist damit die materielle Grundlage ihrer Autonomie und notwendige Voraussetzung einer eigenständigen politischen und administrativen Handlungsfähigkeit.

In diesem Punkt stehen schrumpfende Städte zunächst vor einer Vielzahl neuer Belastungen auf der Ausgabenseite des Kommunalhaushaltes. Im Zentrum stehen dabei vier wesentliche Komponenten (Mäding 2004: 88ff.):

- Ausgabenremanenz* bei rückläufiger Bevölkerung
- steigende Ausgaben pro Kopf wegen der Effekte des demographischen Wandels
- Zusatzausgaben wegen der Effekte der Binnenwanderung (bspw. Suburbanisierung)
- Zusatzausgaben einer „übermäßigen“ Attraktivitätspolitik bei einer ruinösen Konkurrenz um Einwohner

Wenigstens drei dieser vier Komponenten entziehen sich weitgehende der Möglichkeit kommunaler Einflussnahme. Vor allem die Remanenzeffekte sind kaum vermeidbar und bedingen in schrumpfenden Städten, quasi naturwüchsigt, eine ineffektive Ausgabenstruktur.

Unglücklicherweise stehen den wachsenden Ausgaben in schrumpfenden Städten in der Regel auch noch sinkende Einnahmen gegenüber. Die Ursache dafür liegt in einem ganz simplen Zusammenhang: Da eigene kommunale Einnahmen nur aus der Besteuerung von Bewohnern oder Wirtschaftsaktivitäten geschöpft werden können, befinden sich Kommunen, denen es an beidem mangelt, in einer problematischen Situation. Im föderalen System der Bundesrepublik wird dieser Zusammenhang zwar teilweise durch nationalstaatliche Zuweisungen kompensiert – aber auch diese werden meist proportional zur Einwohnerzahl ausgereicht. Städte mit sinkender Bevölkerung können deshalb in nennenswertem Maße weder eigene Mittel zur Bewältigung ihrer Probleme aufbringen, noch auf Zuweisungen „von oben“ rechnen.

Die Folge ist ein „Ausbluten“ der finanziellen Grundlagen für die kommunale Selbstverwaltung. Diese Entwicklung ist keine „Zukunftsmausik“, sondern hat bereits begonnen (vgl. Pohlan, Wixforth 2005). Schrumpfende Städte müssen alle Möglichkeiten

* Unter Remanenzeffekten versteht man das Phänomen, dass die Kosten für den Betrieb einer Infrastruktur nicht in dem gleichen Maß wie die Anzahl ihrer Nutzer zurückgehen. Ein Beispiel wäre eine Schule, die auch wenn sie nur noch für die Hälfte der ursprünglichen Schülerzahl betrieben wird, weiterhin beheizt werden muss, einen Hausmeister benötigt etc.

nutzen, Ressourcen von außerhalb zu erhalten, und hängen mit dieser Abhängigkeit an der „goldenen Leine“ von Nationalstaat und Europäischer Union. Bestimmend in der Kommunalpolitik wird damit nicht die Meinungsbildung und Selbstbestimmung der freien Assoziation von Stadtbürgern, sondern die Zuwendungsbestimmungen der Fördermittelgeber.

b) „Zersplitternde“ Daseinsfürsorge

Tief in Aufgabenstruktur und Institutionengefüge der Europäischen Stadt, wenigstens in der deutschen Tradition, verankert ist (wie beschrieben) auch das Management von für den Betrieb der Stadt wichtigen Dienstleistungen (Wasserversorgung, Elektrizität, Transport etc.) durch die Kommune. In der Geschichte der europäischen Urbanisierung galten kommunale Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften und Transportdienstleister geradezu als Kern eines pragmatischen „Wasser- und Gassozialismus“, in dem sich die Verantwortung des Lokalstaates für die soziale Integration aller Stadtbürger widerspiegelte.

Auch diese Konstellation ist unter Schrumpfungsbedingungen erheblichen Problemen ausgesetzt. Da die Entwicklungen in verschiedenen Sektoren jeweils rechtlichen und technischen Besonderheiten und Eigenlogiken unterliegen, ist es nahezu unmöglich, hier ein vollständiges Bild der Herausforderungen zu zeichnen. Ich beschränke mich daher auf die Diskussion in einem Sektor: auf die Wasserversorgung, die seit dem 19. Jahrhundert in Mitteleuropa ein zentraler Bereich kommunaler Daseinsfürsorge ist.

Auch für dieses Feld ergeben sich mit der Schrumpfung völlig neue Rahmenbedingungen. Denn wo die Bevölkerung schrumpft, geht nicht nur die Nachfrage nach Wohnungen zurück, sondern auch der Bedarf an Trink- und Abwasser. Als Folgeprobleme von Unterauslastungen der Netze und Anlagen lassen sich technische, ökonomische und institutionelle Probleme identifizieren:

Die technischen Folgen für die Abwasserentsorgung und Trinkwasserversorgung bestehen vor allem in der längeren Aufenthaltsdauer von Wasser in den Rohrleitungen und den daraus folgenden stärkeren Ablagerungen, Geruchsproblemen und der Verstärkung von Korrosionsprozessen. Geringere Entnahmemengen führen zudem zu größeren Verweilzeiten des Wassers im Netz, mit der Gefahr der Wiederverkeimung. Um technische und hygienische Standards auch weiterhin einzuhalten, sind zusätzliche technische Maßnahmen wie Spülungen, Reduzierung von Rohrdurchmessern, Druckerhöhungen, Behelfsleitungen etc. notwendig. Mit zunehmendem Nachfragerückgang besteht dabei ein wachsender Handlungsdruck zur Anpassung von Anlagen und Netzen in ihrer Gesamtheit. So könnten beispielsweise in Magdeburg die meisten Trinkwasserrohre mindestens auf die Hälfte ihrer Dimension verringert werden (Kempmann 2005).

Diese Anpassungen sind zwar technisch in den meisten Fällen problemlos möglich – wirtschaftlich bereiten sie aber enorme Schwierigkeiten. Ähnlich wie Kommunalhaushalte stehen auch Infrastrukturbetreiber hier vor einem „Remanenzproblem“. Denn Abwanderung und Suburbanisierung führen zu einer Verringerung der Abnehmerdichte bei konstant bleibenden Fixkosten. Ver- und Entsorgungsunternehmen stehen damit in schrumpfenden Regionen vor dem Problem, steigende Investitions- und Instandhaltungskosten bei sinkenden Einnahmen auf eine abnehmende Anzahl an Verbrauchern umlegen zu müssen, die noch dazu räumlich disperser verteilt ist. Da die Fixkosten – ungeachtet des Verbrauchs – ca. 80 Prozent der Kosten ausmachen, wird von einer „Fixkostenfalle“ gesprochen.

Als besonderes Problemfeld erweist sich auch die institutionelle Struktur der Wassergewirtschaft. Gerade in diesem Feld hat sich seit Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland ein *institutional setting* herausgebildet, als dessen Pfeiler ein geschütztes Gebietsmonopol kommunaler Unternehmen, ein durch hohe Regelungsdichte verankerter hoher Qualitätsstandard und eine hohe fachliche Qualifikation der mit der Aufrechterhaltung dieser Standards beauftragten Ingenieurdiensleister gelten können. Die quasi monopolistische Organisation der Wasserversorgung durch kommunale Unternehmen hat in diesem Feld

allerdings auch zu einer hohen Fragmentierung des Marktes mit einer hohen Anzahl von Anbietern bei kleinen Betriebsgrößen geführt. Vielen Wasserversorgern mangelt es an ausreichender Größe und wirtschaftlicher Kompetenz, um auch anspruchsvollere Investitionsvorhaben vornehmen zu können.

Die Anpassung der Wasserversorgung an eine zurückgehende Zahl von Abnehmern sieht sich also einer ganzen Reihe von Problemen gleichzeitig ausgesetzt. Technische, ökonomische und institutionelle Aspekte lassen sich dabei nicht isoliert voneinander betrachten, sondern führen zu einem komplexen, sich wechselseitig verstärkenden Problemgefücht.

Als Folge der Schrumpfung ist deshalb nicht nur ein technischer Rück- und Umbau vorhandener Leitungssysteme zu erwarten, sondern langfristig eine Reorganisation der Wasserversorgung. Das Bild einer vollintegrierten, universalen Standards folgenden, kommunal organisierten Wasserversorgung wird unter diesen Umständen in schrumpfenden Regionen in vielen Fällen nicht mehr zutreffen. Es besteht die Gefahr, dass in wirtschaftlich attraktiven Regionen „*premium networked spaces*“ (Graham/ Marvin 2001) entstehen, in denen zahlungskräftigen Kunden eine hochwertige Versorgung bekommen, während schrumpfende Städte und Regionen die Mindeststandards nur mit Mühe einhalten können.

Am Beispiel der Wasserversorgung lässt sich also zeigen, dass die Funktionsfähigkeit typischer Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge europäischer Städte unter Schrumpfungsbedingungen eine erhebliche Belastungsprobe erfährt. Da auch andere Bereiche der städtischen Versorgungswirtschaft einer ähnlichen „*build and supply*“ Logik unterliegen, dürfte die Krise der Wasserwirtschaft eher ein Muster als eine Ausnahme sein.

c) Ortlose Immobilienmärkte und parzellenbesitzendes Stadtbürgertum

Auch im dritten Punkt – der Bedeutung grundbesitzender Stadtbürger, die durch Engagement und Förderung ihrer Stadt in Krisenzeiten über den Berg helfen – bietet die Situation in schrumpfenden Städten nur wenig Anknüpfungspunkte an die in der Debatte mit „Europäischer Stadt“ verbundenen Vorstellungen. Das liegt vor allem daran, dass der viel gerühmte parzellenbesitzende Stadtbürger, der sich mit Stiftungen und Spenden für das Wohl seiner Stadt engagiert, in schrumpfenden Städten eine Figur darstellt, die man nur selten antreffen wird.

Gerade in ostdeutschen Städten haben Restitution und Privatisierungsauflagen dazu geführt, dass Eigentümer der Häuser eben nicht „Handwerkerdynastien und Handelsleute“ (Häußermann 1995: 13) wurden, sondern Immobilienfonds und Kapitalgesellschaften, meist mit Stammsitz in Westdeutschland. Obgleich es nur für wenige Gebiete genaue Zahlen gibt, wird heute in ostdeutschen Städten allgemein von einem weit überwiegenden Anteil von *absentee landlording* ausgegangen. Schon allein von der Zahl her fällt es also schwer, Kandidaten für die Rolle des Stadtbürgers zu finden.

Selbst wenn man diese historisch bedingte Zusammensetzung des Immobilienbesitzes beiseite lässt, hat die Situation, in der sich Kleineigentümer (d.h. nicht Kapitalgesellschaften) in schrumpfenden Städten befinden, nur wenig mit dem Bild des soliden, über Besitz verfügenden und langfristig auf die Vermehrung seines Vermögens kalkulierenden Hausbesitzers zu tun. Benachteiligt durch einen Mangel an Eigenkapital und steuerlichen Gestaltungsspielräumen, mit wenig Möglichkeiten, die für die Kreditfinanzierung nötigen Sicherheiten aufzubringen, und oft auch überfordert durch fehlendes wohnungswirtschaftliches Know-how, haben nämlich gerade private Kleineigentümer besonders unter der entspannten Marktlage zu leiden. In der aktuellen Situation befinden sie sich in einer „Zwickmühle“, die in längerer Frist auf eine schlechende Vermögensaufgabe hinaus läuft (genauer in Bernt 2005).

Hinzu kommt, dass die faktische Verfügungsgewalt über Immobilien in schrumpfenden Städten oft bereits von ihrem im Grundbuch eingetragener Besitzer auf die finanziierende

Bank übergegangen ist. Sofern ein Kredit (z.B. für den Kauf oder die Instandsetzung des Hauses) aufgenommen wurde, wurde dieser meist mit einer Hypothek auf die Immobilie gesichert, die sich am Verkehrswert zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme ausrichtete. Da in Städten mit zurückgehender Bevölkerung meist auch die Immobilienpreise sinken, ist der Wert dieser Hypothek in den letzten Jahren beträchtlich gesunken. Die Immobilie als traditionell sicherste Wertanlage verliert damit beträchtlich an Wert, während die Banken in einer Situation rapiden Preisverfalls eigentlich eine Aufstockung der Sicherheiten verlangen. Da nur wenige Hauseigentümer solche zusätzlichen Sicherheiten bringen können, sind sie bei fortgesetztem Preisverfall zunehmend auf den „guten Willen“ ihrer Banken angewiesen und müssen ihre Vorhaben von diesen genehmigen lassen.

All diese Phänomene sind ein Ausdruck der besonderen Situation, der Wohnungsmärkte in schrumpfenden Städten unterliegen: Immobilien sind hier eher Last als Lust. Sie verlieren ihren Charakter als Geldanlage und werfen nicht mehr genügend Revenuen ab, um „stadt-bürgerliches“ Engagement finanzieren zu können. Die Hoffnung auf das Engagement parzellenbesitzender Stadtbürger bleibt damit eher romantische Erinnerung, als fassbare Handlungsorientierung.

Zusammenfassend kommt man also nicht umhin, die Orientierung auf eine besondere Governancetradition der „Europäischen Stadt“ als Anker für die Bewältigung von Schrumpfungskrisen als Illusion zu bezeichnen. Der kommunalen Planung gebriicht es an finanzieller Potenz, um eigene Handlungsspielräume zu ermöglichen. Die Institutionen kommunaler Daseinsfürsorge stellen für viele Städte eher einen Problemfall dar, als dass aus ihnen Ressourcen für die Bewältigung der Krise geschöpft werden können. Auch die eigene Immobilie als Auslöser für bürgerschaftliches Engagement wird auf absehbare Zeit bestenfalls eine marginale Bedeutung haben. Statt Festigung lokaler Bindungen durch Immobilienbesitz wird die Auflösung lokaler Bindungen durch die Forderungen flexibilisierter Arbeitsmärkte eher das bestimmende Moment in schrumpfenden Städten sein.

Welche Entwicklung die Governance schrumpfender europäischer Städte nehmen wird, kann nicht vorhergesagt werden. Die Vergangenheit der „Europäischen Stadt“ wird mit Sicherheit auch in Zukunft das Schicksal dieser Städte prägen – allerdings eher als Last, denn als Rettungsanker.

Literatur:

- Bernt, Matthias (2005): *Stadtumbau im Gefangenendilemma*, in: Weiske, Christine/ Kabisch, Sigrun/ Hannemann, Christine (Hg.): *Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, temporäre Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten*, Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, S.109-131
- Giersig, Nico (2005): „Urban Governance“ and the „European City“. Illustrating the Interconnectedness of two contemporary debates, Working Paper 4/2005 Research and Training Network Urban Europe
- Graham, Stephen und Marvin, Simon (2001): *Splintering Urbanism. Networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition*, London und New York: Routledge
- Häußermann, Hartmut (2001): *Die europäische Stadt*, In: Leviathan, 29.Jg./2, S.237-255
- Häußermann, Hartmut (1995): Von der „sozialistischen“ zur „kapitalistischen“ Stadt, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte v. 17.3.1995*
- Kaelble, Hartmut (2001): *Die Besonderheiten der europäischen Stadt im 20. Jahrhundert*. In: Leviathan, 29.Jg./2, S. 256-274
- Kazepov, Yuri (Hg.) (2005): *Cities of Europe. Changing contexts, local arrangements, and the challenge to urban cohesion*, London u.a.: Blackwell
- Le Galès, Pierre (2002): *European Cities: Social conflict and Governance*, Oxford: Oxford University Press
- Lorrain, Dominique (2005): *Urban Capitalism: European Models in Competition*, In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol.29.2/ June 2005, S.231-167
- Mäding, Heinrich (2004): *Demographischer Wandel und Kommunalfinanzen. Einige Trends und Erwartungen*, In: *Deutsches Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 43.Jg, 2004/I, S.84-102

- Pohlan, Jörg und Wixforth, Jürgen (2005): Schrumpfung, Stagnation und Wachstum – Auswirkungen auf städtische Finanzlagen in Deutschland, In: Gestring, Norbert u.a. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/20005. Schwerpunkt: Schrumpfende Städte, Wiesbaden: VS Verlag, S. 19-48
- Reulecke, Jürgen (1985): Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Rietdorf, Werner (Hg.) (2001): Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des 21.Jahrhunderts, Berlin: VWF Verlag für Wissenschaft und Forschung
- Siebel, Walter (Hg.) (2004): Die europäische Stadt, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Strieder, Peter (1998): Stadtbürger gesucht. Die Innenstadt als Ort zum Leben, in: Stadtforum, Nr. 30
- Weber, Max (1921/1972): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: J.C.B. Mohr

Diskussion:

- Der Diagnose, dass der schrumpfenden Stadt die Akteure ausgehen, wird zugestimmt. Der Bürger wird gegenüber der Stadt zum Kunden. Allerdings werden die Gebührenzahler von Gas und Wasser zunehmend zu „hoch subventionierten Kunden“.
- Das Modell der Europäischen Stadt treffe hieran gemessen auch auf das Dorf zu. 75 % der kommunalen Finanzen ist glücklicherweise durch Vorgaben geregelt, sonst würden Kommunalpolitiker das gesamte Geld in „Festivalisierung“ stecken. Diskutiert werden müsse die kommunale Verfügbarkeit (Allmende) für alle Akteure, die an einer Nutzung interessiert seien. Weiterhin seien Genossenschaften als Potenzial für kooperative Arrangements und Innovation wichtig. Bildung ist hierfür ein gutes Beispiel. Schließung von Schulen etwa wäre keine hilfreiche Lösung; die wäre eher in den Chancen für neue Strukturen, für wirkliche Zukunftsideen zu suchen – siehe etwa das Beispiel Finnland mit seinen elektronisch dezentralisierten Bildungsstrukturen. (Andererseits: wo seien denn im Falle von Reichenbach reale Chancen zu sehen?)
- Immerhin sind Stadtversorger auch für den Stadtumbau gewinnbar, in Halle etwa stünden diese z. Z. ganz oben auf der Tagesordnung. Die Krise dieser Institutionen wäre übrigens auch ohne Schrumpfung gekommen, da die Standards kommunaler Vorsorgeleistungen generell in Frage gestellt seien.
- Angesichts der Infrastrukturproblematik könne nicht aus den institutionellen Formen gesprungen werden. Man müsse genauer betrachten, welchen Problemen diese Infrastrukturen jeweils ausgesetzt seien. Für jede Stadt gäbe es eine andere Antwort, mit den genannten Problemen umzugehen. Allerdings beförderten die gegebenen Förderrichtlinien eigenständige Entscheidungen nicht sonderlich. Die Fixkostenfalle Infrastruktur sei vor allem als eine politische Frage zu behandeln.

2.5. Welche zivilgesellschaftlichen Potentiale verbleiben der schrumpfenden Stadt?

Christine Weiske

So lautet die Frage, die mir von den beiden Initiatoren des Symposiums mit dem Thema „Wie viel Schrumpfung verträgt die Europäische Stadt?“ Christine Hannemann und Wolfgang Kil zur Diskussion übertragen wurde. Ich nehme diese Thematisierungen gerne an. Sie fokussieren auf drängende Probleme und schließen sich an laufende Diskussionen über schrumpfende Städte und Regionen an. Ich markiere kurz die Anschlüsse an den diskursiven Zusammenhang, nehme einige empirische Erkenntnisse über zivilgesellschaftliche Akteure auf und komme zum Problem der theoretischen Modellierung zivilgesellschaftlicher

Potenziale. Das Ziel ist, zu Strategien des Empowerments zu kommen, um die Potenziale zu stärken. Für meine Argumentation schließe ich drei abgeleitete Fragen an:

- Wie kann ‚Schrumpfung‘ soziologisch definiert werden?
- Wie sind ‚zivilgesellschaftliche Potenziale‘ zu verstehen?
- Wie generieren sich ‚zivilgesellschaftliche Potenziale‘?

1. Wie kann ‚Schrumpfung‘ soziologisch definiert werden?

An der Aufgabe für mich fällt auf, dass sie nicht dezidiert auf die ‚Europäischen Stadt‘ bezogen ist. Tatsächlich, und das zeigt ja gerade die Ausstellung über „Shrinking Cities“, schrumpfen nicht nur die europäischen Städte. Es schrumpfen weiterhin nicht nur die Städte, sondern es schrumpfen Siedlungen aller möglichen Größenordnungen. Die Prozesse von Schrumpfen und Wachsen der Siedlungssysteme, der Verlagerung von Bedeutungen, von Zentralität und Abgelegenheit sind nicht neu. Es gibt versunkene Städte, verlassene Städte und Dörfer, Neugründungen, Zerstörungen, Erweiterungen, Metropolisierungen, Peripherisierungen usw. Jedes Stadtmuseum bewahrt die Wechselfälle der Ereignisse, aus denen sich die Geschichte der Stadt fügt, für das Gedächtnis der Städterinnen und Städter. Kurz: Das Siedlungssystem entsteht aus den *Standortentscheidungen*, die lebendige Menschen als Zeitgenossen treffen, um ihren Lebensalltag zu organisieren. Das Siedlungsgefüge erweist sich als relativ beharrlich im Vergleich zu anderen historischen Phänomenen – es ist persistent aber darum nicht starr und unbeweglich.

Der globale Raum der menschlichen Zivilisation verändert sich, nimmt Territorien ein und gibt sie auf. Urbanisierung, Suburbanisierung, Re-Urbanisierung, De-Urbanisierung sind Prozesse der räumlichen Entwicklungen, die von verschiedenen Beobachtungspositionen aus registriert werden. Der spezielle *Beitrag der Soziologie* bei der Analyse der räumlichen Konfigurationen der Zivilisation besteht in ihrer *handlungstheoretischen und wissenssoziologischen Fundierung*. Der Bezug auf die Sinnzusammenhänge von Entscheidungen, die handelnde Menschen treffen und voraussichtlich treffen werden, bietet einen Zugang zur Dynamik der räumlichen Entwicklungen. Sinnvoll sind die handlungsleitenden Zusammenhänge für die Akteure, die zwischen ihre Bedingungen und Voraussetzungen und ihren Bedürfnissen, Wünschen und Zielen vermitteln können. Insofern spricht Georg Simmel von der „Tätigkeit der Seele“, die Unvermitteltes im Raum zusammenschließen und auf diese Weise „ganze Reiche“ errichten kann. Individuelle Akteure und noch vielmehr kollektive Akteure wie z.B. Gebietskörperschaften, Nachbarschaften, lokale Gesellschaften etc. konstruieren sinnvolle räumliche Zusammenhänge als die zivilgesellschaftlichen Organisationen samt ihrer Potenziale, nach denen die Aufgabenstellung fragt. Sie weisen über die private Existenz des Einzelnen hinaus und sind dabei nicht identisch mit den Institutionen des Staates (darüber mehr unter Punkt 2).

Die handlungstheoretische Analyse von Standortentscheidungen verbindet das Thema Schrumpfung mit den aktuellen Befunden der Makrotrends moderner Gesellschaften in der Epoche der Globalisierung: *Individualisierung und Migration*. Wissensbestände zur Soziologie des modernen Individuums und aus der Migrationsforschung lassen sich mit den Überlegungen zu schrumpfenden Städten verbinden. Schrumpfende Städte werden als Lebensorte tendenziell seltener ausgewählt, weil sie den Wählenden ungeeigneter sind. Die ‚*vita activa*‘ (Arendt), die Dynamik des Lebens, die sich aus verschiedensten Energien speist, kommt diesen Orte abhanden. „Müde Gemeinschaften“ bleiben zurück. Die wählenden Mobilen verfügen über etliche Chancen auf Bewegung und Beweglichkeit beginnend bei der Beweglichkeit in den Köpfen: *psychische Mobilität*. Ihre *soziale Mobilität* verweist auf ihre Aufstiegschancen auf wünschenswerte Positionen der sozialen Struktur der Gesellschaft, die sich mit guten Ausbildungen, umfassenden Kompetenzen und relevanten sozialen Kontakten verbinden. Und weiterhin verfügen sie über die Wahl ihres Lebensortes, sie nehmen teil an

der *territorialen Mobilität* als Zu- bzw. Abwanderung. Letztere spitzt als die Abwahl von Orten das aktuelle Problem zu.

Die Attraktivität eines imaginierten anderen Ortes geht für einen mobilen und wählenden Menschen von einem anderen und wünschenswerteren Leben aus. Die Images attraktiver Orte offerieren ein Versprechen, das individuell – im Rahmen einer konkreten Biographie – einlösbar erscheint. In diesem Kontext von Individualisierung und Migration ist die Freizügigkeit der Einzelnen eine der Bedingungen der Moderne. Die Attraktivität der wünschenswerten Orte markiert deutlich einige Städte und Regionen vor anderen. Attraktive Lebensorte verstärken ihre Attraktivität synergetisch und das gilt gleichfalls für die unattraktiven. Das Siedlungssystem wird disperater im Prozess der Schrumpfung.

2. Wie sind ‚zivilgesellschaftliche Potenziale‘ zu verstehen?

„Zivilgesellschaft“ ist ein Modebegriff geworden, schätzen mehrere Beobachter ein (Vgl. von Beyme 2000, 41-56, Kocka, 2000: 13, Wollmann 2002, Vogt 2005) ein. Dessen Ideengeschichte wird auf das politische Verständnis der Polis bei Aristoteles (Arendt) zurückgeführt oder als ein emanzipatorisches Konzept der europäischen Aufklärung (Kocka 2000: 26) erkannt. Die derzeitige Konjunktur und deren Startpunkt sind erkläруngsbedürftig. Den Mobilisierungseffekt stellt Klaus von Beyme in einen Zusammenhang mit der Erosion der Blöcke der Macht des Ostens und des Westens und mit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Die Attraktivität der Idee entsteht am Ende einer Phase der Balance der Macht und verbindet einen neuerlichen Beginn „mit den Visionen neuer sozialer Bewegungen“, die „ein konsensfähiges normatives Konzept“ (Beyme, 2000, 42) vertreten, das sich zudem als anschlussfähig an die politischen Erfahrungen der mobilisierten Akteure im alten Osten wie im alten Westen erwies. Die Erfahrungen der Erosion der Macht und die Möglichkeiten der Re-Generierung von Macht als das Vermögen zur Gestaltung in den Händen je unterschiedlicher Akteure, befördern die Thematisierung der ‚Zivilgesellschaft‘ zum aktuellen Zeitpunkt. In der weiteren Erörterung kommt es von Beyme darauf an, die Normativität des Konzeptes der Zivilgesellschaft zu problematisieren, sobald es sich auf eine Stilisierung der Bürgertugend und der bürgerlichen Gesellschaft stützt, die sich konfrontiert gegenüber den Institutionen des Staates.

In den national organisierten Kontexten der Theoriebildungen wird die politische Idee der Zivilgesellschaft unterschiedlich ausgearbeitet und adaptiert. Die theoretischen Divergenzen entstehen mit den verschiedenen (Real-) Geschichten der Nationalstaaten und ihrer Institutionen. Ideengeschichtlich sind sie als Republikanismus, Liberalismus und Kommunitarismus (Vgl. Vogt, 2005) sowie weiterhin als die politischen Programmatiken (Kocka, 2000, 13) des Kommunismus und darunter des Marxismus nachzuvollziehen. Jürgen Kocka betont in seiner komparatistischen Perspektive die methodologische Leistungsfähigkeit des Begriffes der Zivilgesellschaft, der als „Fluchtpunkt“, als Referenz, zwischen den Ideen- und Realgeschichten in Europa und dem Universalismus einer Geschichte Europas fungiert.

Es sind drei thematische Felder, auf denen die Limitierung oder Begrenzung des Phänomens Zivilgesellschaft definitorisch erreicht werden soll (Kocka 2000: 21 ff.):

1. ist es die Beziehung der Zivilgesellschaft zur Ökonomie der Gesellschaft. „Die Zivilgesellschaft geht in Marktgesellschaft nicht auf.“, gleichwohl gibt es eine Affinität zwischen beiden. Weiterhin wird
2. das Verhältnis zum Staat als konstitutiv angesehen für den Begriff und den Bestand der Zivilgesellschaften und
3. ist es die Grenzziehung zwischen der Öffentlichkeit in der Zivilgesellschaft und der privaten Sphäre ihrer Mitglieder.

Dabei folgt diese Strategie des Definierens weniger klassifikatorischen Absichten, die extensional auf eine *Festsstellung* von Merkmalen gerichtet ist, sondern sie betont intensional und reflexorisch die *Balance* von konstituierenden Beziehungen zueinander. Die Balance, die zum glücklichen Fall gereicht, verweist auf die Kontingenz des Phänomens Zivilgesellschaft, die darum einer Analyse und Typologisierung nicht verschlossen bleiben muss. Ein reflexives methodisches Verständnis ermöglicht es, die ‚Zivilgesellschaft‘ als balanciertes Arrangement zu definieren.

Ich möchte jetzt auf Antonio Gramsci zu sprechen kommen. Seine fragmentarischen Texte zur Zivilgesellschaft korrespondieren mit den Thematisierungen von Jürgen Kocka (2. und 3. Themenfeld). Gramsci wird meist als theoriengeschichtlicher Solitär wahrgenommen, der sich schwerlich in die politikwissenschaftlich strukturierte Debatte zur Zivilgesellschaft integrieren lässt. Zwar ist seine analytische Perspektive marxistisch, was lediglich heißen soll, dass er vom Primat des Ökonomischen gegenüber dem Politischen ausgeht. Ein normatives Programm, eine Eschatologie impliziert das darum nicht. Liest man Gramsci mit Blick auf die soziologischen Thematisierungen der Zivilgesellschaft, steht er schlüssig im Kontext der Soziologie des Alltags. Sein Interesse gilt der Macht der „privaten Kräfte“ (Kebir 1991, 99), die in der Zivilgesellschaft agieren. Dabei bleibt sein analytisches und methodologisches Interesse unberührt von normativen Ansprüchen an die „gute“ Zivilgesellschaft. Diese Position resultiert aus seiner politischen und biographischen Erfahrung der Akzeptanz der politischen Mehrheiten im Lande gegenüber dem Faschismus in Italien. Diese Akzeptanz entstand in der Zivilgesellschaft. Die Akzeptanz auch des ihm vermeintlich Unwünschbaren versteht er als eine Einbettung des Faschismus in die Alltagswelt – oder genauer dem Wortsinne entsprechend: die Bündelung der privaten Kräfte des alltäglichen Lebens in einer politischen Idee. Die Alltagswelt fasst er als „vorpolitisch“ auf. „Vor“ heißt, den Institutionen des Staates vorgelagert als ein vorpolitisches Terrain. Auch in Gramscis Konzept der Zivilgesellschaft geht es um die Balance von Markt, Staat und Alltagswelt, die er folgendermaßen anordnet: „Zwischen der ökonomischen Basis und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwangsapparat steht die ‚Zivilgesellschaft‘.“ (Gramsci, zitiert nach Kebir 1991: 55)⁷

Gramsci macht also einen deutlichen analytischen Unterschied zwischen der politischen und der zivilen Gesellschaft. Die zivile Gesellschaft generiert die Optionen, über die die politische Gesellschaft verfügen kann. Auch die neuere kommunalpolitische Diskussion zum „Doppelcharakter“ der Bürgergemeinde rekurriert auf die analytische Differenz zwischen einerseits „politischer Kommune“ und andererseits „zivilgesellschaftlicher Gemeinde“ (Wollmann 2002: 23). Die Praxis des *Alltags in seiner Kontingenz* fundiert und generiert die Gesellschaft von unten „Tag für Tag“ (Weihrich & Voß 2002) und stellt sie so auf Dauer, schafft Gewissheiten und gestaltet Risiken. Welche der offenen Pfade der Entwicklung aus der Kontingenz heraus eine (lokale) Gesellschaft nimmt, verfügt ein gemeinsamer Willensbildungsprozess; dominante Gruppen werden ihn lancieren, jedoch nicht auf Dauer oktroyieren. Akzeptanz und Dissens sind wichtige Modi der Vermittlung zwischen der vorpolitischen und der politischen Verfassung einer Gesellschaft. ‚Akzeptanz‘ formuliert in einer soziologischen Terminologie, was in den politischen Theorien der ‚governance‘ mit der Dimension ‚bottom up‘ bezeichnet wird, um die Balance zwischen formellen und informellen Strukturen der Politik zu beschreiben. Abstimmung und Zustimmung – also: Konsens und Akzeptanz – sind gerade die Entscheidungen individualisierter TeilnehmerInnen *für* Anschlüsse und *für* Fortsetzungen (an Politiken und von Politiken) im Kontrast zu Verweigerungen und Abbrüchen. Die öffentliche Meinung ist in der Lage, Akzeptanz bzw. Dissens der zivilen Gesellschaft in ihrer politischen Sphäre auszudrücken. In der

⁷ Sabine Kebir bezieht in ihre Darstellung auch Veröffentlichungen Gramscis in italienischer Sprache ein, für die es noch keine Übersetzungen ins Deutsche gibt.

Öffentlichkeit kann sehr wohl vermittelt werden und Antonio Gramsci verortet sie darum an der „Nahtstelle“ zwischen den Sphären der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft. Die Intellektuellen in ihren verschiedentlichen Professionen und Positionen spielen für ihn die Rolle von Vermittlern, die in der Sphäre der Öffentlichkeit arbeiten, um Balance zu ermöglichen.

Nun wende ich mich der Wirtschaft der zivilen Gesellschaft zu (Themenfeld 1 bei J. Kocka). Sie ist nicht identisch mit der Marktwirtschaft, jedoch mit ihr verflochten. Die meisten Autoren verweisen hier auf den Non-Profit-Bereich der Wirtschaft, auf die Organisationen der Selbsthilfe, auf den Dritten Sektor, um die These zu operationalisieren, die bereits eingeführt ist: „Die Zivilgesellschaft geht in Marktgeseellschaft nicht auf.“

Die strikt handlungstheoretische Orientierung der Soziologie verweist auf die Akteure als die Träger des Handelns, die nicht individualisiert leben, sondern in ihren Entscheidungen die jeweils anderen in ihrer Gemeinschaft berücksichtigen. Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung sind somit soziale Prozesse der Reflexivität und der Erweiterung von Kontingenzen. Die Menschen existieren in Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften, die René König als soziale Primärphänomene (als universale Grundformen der Gesellschaft) bezeichnet hat: die Familie und die Gemeinde. Der Haushalt ist die Wirtschaftsweise sowohl der Familien wie der Gemeinden. Das Haushalten kann als das „vernünftige Handeln“ aufgefasst werden, das auf die „Verwirklichung von Lebensstandards“ für die Haushaltsmitglieder gerichtet ist. (Glatzer 1994: 218). Das Wirtschaften der Gemeinde und der privaten Haushalte ist aufeinander bezogen durch die Leistungen der Daseinsvorsorge, die von der Gemeinde hergestellt werden und durch die Zahlungen von Steuern, Gebühren, Preisen etc., die die Gemeinde von ihren Mitgliedern einnimmt. Mit ihrer Logik der Haushaltsführung beziehen sich die entscheidungskompetenten Akteure auf die Gemeinde als relevante sozial-räumliche Einheit. Reiche/armen Kommunen sind solche mit einem breiten/schmalen Angebot von Leistungen der Daseinsvorsorge zu niedrigen/hohen Preisen. Das Wirtschaften der Gemeinde ist zum Teil marktwirtschaftlich und zum anderen Teil zivilwirtschaftlich orientiert, das unterscheidet sich von Fall zu Fall.

Die Ökonomie der Zivilgesellschaft bezieht die informelle Wirtschaft als Hauswirtschaft, als Schattenwirtschaft, als Tauschwirtschaft, als Selbsthilfe, als Freiwilligenarbeit, als Ehrenamt ... mit ein. Es ist eine „Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden“, die „erweiterte(n) Stakeholder-Prozesse(n)“ einbezieht (Biesecker 1998). Die ökonomischen Theorien, die sich vornehmlich auf die Produktion für den Markt konzentrieren und vornehmlich Ware-Geld-Beziehungen als Zugänge zur Konsumtion analysieren, werden die Ökonomie der zivilen Gesellschaft nicht erfassen, werden sie eher als marktzerstörend charakterisieren.

Die Geschichte der Genossenschaften seit reichlichen 100 Jahren in Deutschland zeigt, wie zivilgesellschaftliches Wirtschaften organisiert werden kann. Genossenschaften beruhen auf einer genialen Kombination von bedarfs- und marktwirtschaftlichen Beziehungen. Mit der Einführung und Geltung des Genossenschaftsgesetzes seit 1889 ist den Sozialreformern die Etablierung eines „Zwitters“ im Wirtschaftsleben gelungen und ein kontingentes Organisationsmodell etabliert. Die Ambivalenz zwischen Bedarfs- und Marktorientierung macht dessen Chance und dessen Risiko aus (Pleister: 2001). Genossenschaften managen oder balancieren den permanenten Anpassungsdruck an die Marktwirtschaft. Die Organisationsgeschichten der einzelnen Genossenschaften, die als Baugenossenschaften auch seit langem Akteure in der Stadt sind, unterscheiden sich stark. Sie reichen von der Prosperität und Vitalität der Organisationen bis zu ihrem sozialen Zerfall und wirtschaftlichen Ruin in ein und derselben Stadt und dicht beieinander (Kassner, Weiske 2004). Auch hier geht es um die Balance zwischen einer ‚guten‘ Geschichte und einem ‚schlechten‘ Ende.

Zwischenfazit: Die zivile Gesellschaft wird von den sozialen Grundformen menschlichen Zusammenlebens bestimmt: von der Familie und der Gemeinde. Die zivilgesellschaftliche

Wirtschaftsweise des Haushaltens unterstützt die Reproduktion der Gesellschaft und ist in modernen Gesellschaften durch die Balance zwischen bedarfs- und marktwirtschaftlichen Logiken bestimmt. Zivilgesellschaftliche Potenziale werden in den Organisationen des Alltagslebens generiert und in den Praxen des Alltagslebens konsumiert. Kontingenz und Reflexivität, Singularität, Balance und Pfadabhängigkeit sind die analytischen Begriffe, die geeignet sind, zivilgesellschaftliche Potenziale zu erfassen.

3. Wie generieren sich „zivilgesellschaftliche Potenziale“?

Zivilgesellschaftliche Potenziale sind ein „nachwachsender Rohstoff“ der ubiquitären Gemeinden. Dieses Argument stützt sich auf René König, der die Gemeinde als die Grundform jeder Gesellschaft beschrieben hat. Die sozialen Energien, um das zivile Leben zu organisieren, werden von Gruppen gebildet, die Gestaltungsmacht generieren, indem sie gemeinsam etwas regeln und verantworten. An zwei Beispielen, die nur mäßig exotisch und darum umso hoffnungsvoller sind, will ich das kurz darstellen.

1. Beispiel: Quartiersmanagement im Kontext des Bund-Länder-Programms „Die soziale Stadt“

Die Aufgaben der QuartiersmanagerIn bestehen darin, die zivilgesellschaftlichen Potenziale von „Interaktionsgemeinden“ (Schmitt: 2004) zu organisieren. Das kann gelingen, wenn die zusätzlichen Ressourcen der Fördermittel nicht ausschließlich für städtebauliche Maßnahmen verwendet werden, sondern für die Unterstützung von Interaktionen der Gemeinde. Und weiterhin kann das gelingen, wenn die Fördermittel nicht zur Alimentierung der Klientel verwendet werden und somit zur Verlängerung der Abhängigkeit dienen. Erfolge im Sinne eines Empowerments entstehen, wo die Alltagsorganisation der zivilen Akteure gestärkt wird und sie somit mehr Freiheit und mehr Selbständigkeit für sich herstellen können. Spezielle Bildungsaktivitäten tragen dazu bei wie Englischunterricht, Deutschkurse für AusländerInnen, Hausaufgabenhilfen, Computerkurse, etc. Alle bedarfswirtschaftlichen Aktivitäten stärken die zivile Ökonomie wie zum Beispiel Tauschbörsen, Werkzeug- und Geräteverleih, Fahrradreparaturwerkstatt, Standortsicherungen der lokalen Ökonomie mit Fördermitteln auch der EU. In jedem Falle geht es um die Effizienz einer Ökonomie der Zivilgesellschaft. In dem Maße, wie die global organisierte Marktwirtschaft die „Überflüssigen“ entlässt, müssen die Haus- und Gemeinwirtschaften der Zivilgesellschaft andere Möglichkeiten der Organisation des Lebens finden. Die Parallelen zu den Problemen der Entwicklungsländer, in denen es um Subsistenzwirtschaften im Schatten – aber auch im Windschatten – der kapitalistischen Weltwirtschaft geht, liegen nahe. Das Quartiersmanagement selbst tritt noch nicht als Wirtschaftsunternehmen, höchstens als Wirtschaftsagentur, auf. Im nächsten Beispiel geht es jedoch um zivilgesellschaftliche UnternehmerInnen.

2. Beispiel: Sächsische Wassergenossenschaften

In den schrumpfenden Städten und Regionen wird das Problem des Umbaus der Infrastrukturen immer drängender. Es gibt in Sachsen einige (weniger als 10) eingetragene Genossenschaften mit einer 100 jährigen Organisationsgeschichte⁸. Sie wurden gegründet, um die Wasserversorgung von Gemeinden zu sichern. Die Mitglieder sind Eigentümer und Nutzer in Personalunion. Und diese Personalunion kreiert ihre Wirtschaftslogik der Bedarfswirtschaft und des Nonprofit. Die Sanierungen ihrer Netze und baulichen Anlagen wurden bereits ein- oder zweimal in der Organisationsgeschichte bewerkstelligt, letztmalig nach der Wiedervereinigung unter den aktuell geltenden Rechts- und

⁸ Die Informationen resultieren aus Gesprächen mit Vorständen oder Aufsichtsräten von vier Genossenschaften.

Wirtschaftsbedingungen. Gemeinnützige Arbeit (Gräben ziehen, Rohre verlegen, Materialeinkauf und –transport ...) senkte die Kosten. Die ökonomische Situation der Genossenschaften kann als gesichert gelten. In einigen Gemeinden entstehen um die Anlässe der Wasserversorgung herum auch die sozialen Kontakte, in anderen Dörfern fällt diese Rolle der Freiwilligen Feuerwehr oder dem Karnevalsverein zu. Die kompetenten Personen zur ehrenamtlichen Leitung der Genossenschaften haben sich in der Geschichte der Organisation immer wieder gefunden bzw. sie wurden und werden von den Funktionsträgern für ihre Nachfolge „herangezogen“ (O-Ton aus einem Interview). Die Sorge um die Nachfolge setzt Traditionsbildung und gesellschaftliches Lernen in Gang. Unter den Funktionsträgern sind Ältere und Jüngere, Frauen und Männer, deren Berufsstatus sehr unterschiedlich ist (Landwirt, Sparkassenangestellte, Bürokauffrau, Geschäftsführer, ...). Das Engagement wird breit geteilt. Mitunter sind die Genossenschaften in die Familiengeschichten und familialen Hauswirtschaften seit drei Generationen einbezogen. Die Enkel der Genossenschaftsgründer sind derzeit unternehmerisch befasst. Die Außenbeziehungen der Genossenschaften zu den staatlichen Aufsichtsbehörden (Gesundheitsamt, Umweltamt ...) wie auch zum Genossenschaftsverband können förderlich gestaltet werden. Die „Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden“ funktioniert in diesen Fällen einvernehmlich in der vom Genossenschaftsgesetz intendierten Weise.

Der einzige Wermutstropfen bei der Beschreibung dieses zivilgesellschaftlichen Akteurs, der über Potenziale, Eigentum und einen Betrieb verfügt, scheint zu sein: es geht um ländliche Gemeinden (auch wenn eine inzwischen eingemeindet wurde in eine Stadt). Die Räume dieser Akteure waren bereits vor 100 Jahren außerhalb des Interesses der großen Infraukturbetreiber gelegen wie Exklaven. Die natürliche Gunst der Quellen + die zivilgesellschaftliche Organisation der Versorgung mit Wasser ermöglichen den Lebensalltag. Die langen und erfolgreichen Organisationsbiographien der Genossenschaften verweisen auf die Potenziale einer zivilgesellschaftlich organisierte Ökonomie.

Nach dem Exkurs in die Theoriegeschichte der Zivilgesellschaft und knappen Porträts zivilgesellschaftlicher Akteure, die in den Kontexten schrumpfender Städte und Regionen agieren, komme ich auf die Eingangsfrage zurück: „Welche zivilgesellschaftlichen Potenziale verbleiben in der schrumpfenden Stadt?“ und fasse damit meine Argumentationen zusammen: In schrumpfenden Städten bleiben die Menschen, die ihre Mitgliedschaft in der lokalen Gesellschaft deklarieren und die dazu gehören *wollen*. Hinter dieser Selbstdeklaration⁹ steht ein Potenzial an Engagement, das für ein gutes Leben in der Stadt eingesetzt wird oder einsetzbar ist. Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure bezieht sich auf diese Potenziale, aktiviert und organisiert sie und verzeichnet Erfolge. In schrumpfenden Städten wird sich dieses Engagement deutlich auf die Sicherung des Alltagslebens beziehen. Das erscheint oberflächlich betrachtet wenig spektakulär und berichtenswert, trägt jedoch zu Normalität und Übersichtlichkeit, zur Lebensqualität der Anwesenden bei.

Es verbleibt weiterhin das tradierte Wissen in der Stadt über deren eigene Kultivierung und Zivilisierung in vorangegangenen Zeiten mit deren widrigen oder förderlichen Umständen. Dieses Wissen kann institutionell weiter vermittelt werden durch Bibliotheken, Schulen, Museen, Vereine, Kirchen u.ä. Organisationen und es kann sehr wirkungsvoll in informellen und intimen Kommunikationszusammenhängen weitergegeben werden, wie das Familien, Freundschaften, Nachbarschaften u.ä. Zusammenhänge sind. Auf diese

⁹ In modernen, freiheitlich-demokratischen und mobilen Gesellschaften kommt der Selbstdeklaration des eigenen Status eine ständig wachsende Bedeutung zu. John F. Kennedys Satz „Ich bin ein Berliner.“, den er anlässlich seines Berlinbesuches 1963 in der „Frontstadt“ Berlin-West ausgesprochen hat, ist vom Publikum in diesem Sinne verstanden und begeistert aufgenommen worden.

Wissensbestände können sich die präsenten zivilgesellschaftlichen Akteure als ihre Ressourcen beziehen.

Die baulich-räumlichen Anlagen der Stadt, die Artefakte, die vorangegangene Stadtbewohner hinterlassen, bleiben als ein Potenzial. Als Denkmale bewahren sie ein kulturelles Programm, das die Intentionen der Vornutzer präsentieren kann. Dieses Programm behält eine initiale Wirkung, solange jemand darüber nachdenkt. Es provoziert eine neuerliche Nutzung durch die Nachfolger, die dafür ähnliche oder auch andere Intentionen bzw. Programme entwickeln können.

Ähnlich wie die Baudenkmale können soziale Strukturen eine Persistenz aufweisen. Als soziale Arrangements formieren sie soziale Positionen, Zuschreibungen von Funktionen an Personen, soziale Rollen, die unabhängig von der aktuellen Besetzung eine eigenständige Existenz in den Vorstellungen über die Ordnung und die Organisation des sozialen Lebens transportieren können. Sind diese Positionen zu einem aktuellen Zeitpunkt neu mit einem Nachfolger, einer Nachfolgerin zu besetzen, dann wirken die Arrangements appellativ. Den Appell könnte man als das kulturell eingebaute „Reparaturprogramm“ der sozialen Strukturen bezeichnen. Die Organisationsgeschichten der Wassergenossenschaften verweisen deutlich auf diesen Effekt. Wo seit 100 Jahren Genossenschaften bestehen, werden die Positionen der Selbstverwaltung weiterhin besetzt. Die Funktionsträger sorgen sich um die Nachfolge und erziehen die Interessenten. Informiertheit und Engagement der potenziellen Nachfolger sind Wirkungen der gelingenden genossenschaftlichen Arbeit. Allerdings sei einschränkend gesagt, dass es in der Vergangenheit (in Sachsen) weit mehr Genossenschaften gab als heute. Die Geschichten der (Selbst-) Auflösung müssten zeigen, wie sich Deregulierung und Erosion im konkreten Fall als Pfadentwicklung des Scheiterns gleichfalls durchsetzen können.

Last but not least sind es die Neuankömmlinge in den lokalen Gesellschaften, die eine Bereicherung der Zivilgesellschaft sind. Die Neuen können Zugewanderte oder Hineingeborene sein. Jedes neue Mitglied wird sich positionieren und bringt etwas Anderes als Veränderung und Initiative mit. In schrumpfenden Städten sind solche Beiträge umso seltener und wertvoller. Sie können pfleglich behandelt werden, wenn sie in der Haltung der Offenheit und Integrationswilligkeit als Potenziale gedeutet werden. In schrumpfenden Städten wird die geistige Verfassung der lokalen Gesellschaft umso wichtiger, die Mentalität der Bleibenden (nicht der Zurückbleibenden) entscheidet über den Pfad der Entwicklung der Zivilgesellschaft am Ort.

Literatur:

- Ahrendt, Hannah (1967): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München.
- Biesecker, Adelheid; Elsner, Wolfram; Grenzdörffer, Klaus (1998) (Hg.): *Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden: Erweiterte Stakeholder-Prozesse*. Pfaffenweiler.
- Kassner, Jens; Weiske, Christine (2004): *Reformarchitektur in Chemnitz. Ein Architekturführer durch die Sozial- und Baugeschichte der Stadt*. Chemnitz.
- König, René (1958): *Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde*. Hamburg. Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Pleister, Christopher (Hg.) (2001): *Genossenschaften zwischen Idee und Markt. Ein Unternehmenskonzept für die Zukunft*. Frankfurt, New York. Campus Verlag.
- Weihrich, Margit; Voß, Gerd-Günter (Hrsg.) (2002): *Tag für Tag. Alltag als Problem - Lebensführung als Lösung?* München u.a.
- Wollmann, Hellmut (2004): *Die Bürgergemeinde – ihr Doppelcharakter als politische Kommune und (zivil-)gesellschaftliche Gemeinde*. In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, S. 23-43.

Diskussion:

Zu diesem Beitrag gab es keine Diskussion. Christine Weiske war kurzfristig erkrankt und hat ihre Überlegungen schriftlich nachgereicht.

2.6. Welche Gestalt ist für die schrumpfende Europäische Stadt zu erwarten?

Elisabeth Merk

1. Das Bild der Europäischen Stadt

Kann das Bild der Europäischen Stadt heute überhaupt noch als Leitbild für die Stadtentwicklung dienen? Es ist infrage zu stellen, inwieweit die Idee der Europäischen Stadt eine Antwort zu geben vermag für die Probleme, die sich aus dem demografischen Wandel und den Schrumpfungsprozessen ergeben. Die ostdeutschen Städte sind gezwungen, unter den Stichworten Schrumpfung und Rückbau die kompakte Stadt und damit den Typus der Europäischen Stadt in Frage zu stellen. Können die Brüche, die den Stadtkörper zum Teil in Fragmente auflösen, verkraftet werden oder ist damit – nach der bereits erfolgten Auflösung in Zwischenstadt und Regionalstadt – das endgültige Ende der Europäischen Stadt besiegelt? Die Städte Europas müssen drastische Anpassungsmaßnahmen aktiv durchführen und gleichzeitig versuchen, das Wesen der Europäischen Stadt zu erhalten. Doch wann ist der Zeitpunkt erreicht, wo der Prozess umschlägt?

Dieses gilt es in Wechselwirkung mit der Planerpraxis herauszuarbeiten, denn oft genug wird sich des Bildes der Europäischen Stadt nur fragmentarisch bedient – immer dann, wenn Citymanager die europäische Stadt als Erlebnisprodukt vermarkten wollen und Stadtplaner hoffen, dadurch wenigstens einen Teil der authentischen Stadt zu retten.

2. Die Funktion der Europäischen Stadt

Es sind die Strukturqualitäten der Europäischen Stadt, die einerseits die Ausübung der unterschiedlichen Funktionen erlaubt und andererseits der Stadt, den Siedlungen, der Peripherie ihre jeweilige Gestalt verleiht oder, anders herum, diese ihr aktiv entzieht.

In der Auseinandersetzung mit der historischen Stadt und ihren Erinnerungsspuren im kollektiven Gedächtnis wird sichtbar, was die Europäische Stadt bis heute überlebensfähig gemacht hat. Wie können diese Alleinstellungsmerkmale definiert werden, welche Faktoren haben diese Qualität und Vielfalt erzeugt und sind diese anpassungsfähig an die veränderten Rahmenbedingungen? Die Europäische Stadt ist in ihrer Entwicklung von Gesellschaftsformen und ihren Bürgern entscheidend geprägt worden. Die gegenwärtige Stadt in Europa differenziert sich heute vor allem durch die unterschiedlichen Lebensstile in Abhängigkeit von der sozialen Struktur. Bild und Funktion der Stadt stimmen häufig nicht mehr überein, oder sie tauchen räumlich versetzt, bruchstückhaft nebeneinander auf.

Was also charakterisiert heute die Europäische Stadt im Vergleich zu anderen?

3. Die Gestalt der Europäischen Stadt

Entgegen unserem inneren Wunsch nach Bewahrung einer Stadtgestalt, die eng verknüpft ist mit der Erinnerung an unsere eigene Geschichte, oder besser: mit einer Vorstellung davon, ist die europäische Stadt durch die Dialektik von Tradition und Modernisierung gekennzeichnet. Die Koexistenz verschiedener Ansprüche an die Gestalt der Stadt ist ein andauernder Prozess der Transkription, der sich für uns nur bei genauem Betrachten in seinen verschiedenen semiotischen Ebenen erschließt.

Europäische Städte wuchsen nicht „naturgemäß“ aus ihrer Funktion heraus, sondern wurden und werden in ihrer Identität und Gestalt geprägt von den Bürgern. Die sinnliche Wahrnehmung der Bilder, die vermitteln zwischen dem kollektiven Gedächtnis und der individuellen Erfahrung, ist gleichermaßen bedeutend für die klassisch gewachsene wie die geplante Stadt, wenn auch die alte Stadt mit einer stärkeren Verdichtung das direkte Erleben spiegelt. Die ästhetische Arbeit besteht in der Suche nach Bildern, welche die Wahrnehmung öffnen und strukturieren.

Eines der wichtigsten Merkmale europäischer Städte ist bis heute, dass sie starke gestaltete Identifikationspunkte herausbilden, welche in der Lage sind, die Unordnung und das spontan Gewachsene zu integrieren und gerade dadurch unverwechselbar werden. Betrachtet man die Wandlungsprinzipien der Europäischen Stadt, lassen sich die räumlichen und funktionellen Prozesse durch die Begriffe *Überformen, Ausbauen, Umbauen* und *Abriss* beschreiben. Die Ordnungsprinzipien beziehen sich dagegen auf diejenigen Felder, innerhalb derer eine Stadtgestalt durch Eigentumsstrukturen, die Bodenordnung und die Parzellen definiert wird.

Beide Prinzipien spielen in den von Schrumpfung und Perforation betroffenen Städten eine wichtige Rolle und unterliegen derzeit einem Wertewandel. In der Verbindung mit Planungskultur charakterisieren sie in hohem Maße die Qualität der Europäischen Stadt. Und dennoch gibt es nicht wenige Städte, europäisch ohne Zweifel, die einen anderen Weg gehen.

Die nähere Betrachtung der überlebensfähigen Städte zeigt, dass das Bild der Europäischen Stadt auch ohne Schrumpfung einer deutlichen Korrektur bedarf, denn Europäische Stadt per definitionem gibt es selbst dort nicht, wo wir sie am sehnlichsten vermuten. Sie ist nur überlebensfähig dank ausufernder Peripherie und verständeter Landschaft. Dies mögen wir rational auch weiterhin für wenig sinnvoll halten und emotional verdrängen, aber die Peripherie hat eine der wichtigsten Funktionen der Europäischen Stadt übernommen – den Handel. Die wirtschaftliche Basis der Stadtökonomie entscheidet sich dort.

Die Europäische Stadt hat sich dank ihrer oben aufgeführter Prinzipien bisher immer als fähig erwiesen, auf lange Sicht diese baulich räumlichen Veränderungsprozesse an ihren Rändern zu integrieren. Über Rom schreibt beispielsweise Insolera:

„Seit einigen Jahren haben wir erkannt, dass Rom der Struktur nach eine Stadt der dritten Welt ist. Um die historische oder moderne Stadt des europäischen Typus mit etwa zwei Millionen Einwohnern hat sich ein Gürtel von Baracken, Hütten und Wohnkasernen gebildet, der illegal, ohne Baugenehmigung, Kanalisation und Straßen und oft sogar ohne Wasser und elektrisches Licht errichtet wurde. In diesem Gürtel, der an südamerikanische oder afrikanische Bidonvilles erinnert oder an die Peripherie asiatischer Städte, leben etwa 800.000 Personen, circa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dies ist ein Strukturmerkmal, kein Provisorium.“ (Insolera Roma Moderna. Un secolo di storia urbanistica. Turin 1976 Zitiert nach V. Kreibich, Terra Angela, Tor Bella Monaca, Torino Sud. Stadterweiterung in Rom illegal, geplant und in PPP. Arbeitspapier Dortmund)

Bei genauerer Betrachtung lässt sich aber auch für Rom ein langfristiger Prozess nachweisen: „Der Stadtrand zeigt immer nur eine historisch gültige Form, seine Struktur besteht gerade darin, die gesellschaftlichen Veränderungen des Verstädterungsprozesses zum Ausdruck zu bringen. Inzwischen nämlich ist die Peripherie Roms zum allergrößten Teil integriert.“ (Detlev Ipsen, in: Am Rande der Städte Madrid, Rom Paris Athen)

Was heißt das also für das Weiterdenken der Stadt unter veränderten Rahmenbedingungen des Bevölkerungsrückgangs? Wo sind wir gelandet bei der Entwicklung der Ränder, spielen diese überhaupt noch die Bedeutung für die Wahrnehmung der Stadtgestalt? Stimmt das Bild noch, welches Robert Venturi in „Learning from Las Vegas“ mit „the city as an egg“ zeichnet? Oder sind wir längst jenseits dieser Zeichen angekommen, in einer durch Schrumpfung und Fragmentierung zeichenlos gewordenen Stadtlandschaft?

Wo Orte nur als Heterotope, d.h. unabhängig voneinander in einem unterschiedlichen Gefüge von Dichte und Qualität existieren, wird auch die Stadtgestalt nur isoliert wahrgenommen. Die sich daraus entwickelnde Ästhetik kann nur in Einzelportionen erfahren werden unter Ausblendung der Unordnung der eigentlichen Stadt.

Die Wanderungstendenzen, die sich innerhalb der europäischen Städte abzeichnen, sind enorm, wenn auch unterschiedlich motiviert. Ob die Landflucht im Süden Italiens leere

Geisterstädte entstehen lässt und – in Wechselwirkung dazu – im Norden riesige Agglomerationen zwischen den Kernstädten produziert, oder ob wir in Deutschland, geografisch betrachtet, die umgekehrte Entwicklung konstatieren, beide Prozesse beeinflussen die Gestalt der Stadt dauerhaft und gefährden das innere Bild unserer Sehnsucht.

Verlagerungsprozesse begleiten die Stadt und ihre Gestalt, bestimmd bleibn dabei die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, die das räumliche Feld umreißen, in dem Interventionen stattfinden. Doch auch hier lassen sich in den Städten Europas verschiedene Prinzipien feststellen, die sich durch ein völlig anderes Verständnis von Bodenordnung und Planungskultur vom Idealtypus der Europäischen Stadt unterscheiden.

„Wer von einem der Hügel Athens auf die Stadt hinabschaut, gewinnt den Eindruck einer geplanten Stadt. Ein rechteckiges Raster von Straßen erschließt das Meer von Häusern, so weit man sehen kann. Athen, eine eher technokratisch und funktionalistisch geplante Stadt? Die Erscheinungsform führt in die Irre, es existiert keine europäische Stadt, die im letzten Jahrhundert derart gewachsen ist und in der es so gut wie keine effektive Planung im europäischen Sinn gibt, wie Athen.“ (Detlev Ipsen: Athen. Die Menschen bauen die Stadt, und der Staat macht mit. In: Stiftung Bauhaus Dessau, Walter Prigge, Hrsg.: Die Peripherie ist überall, Edition Bauhaus – Band 1, Frankfurt/New York 1998)

Eine Neudeinition des Planungsbegriffs ist also notwendig.

Dennoch bilden sich im Zuge der radikalen Wanderungsprozesse Ungleichgewichte heraus, welche die Stadtgestalt erheblich herausfordern werden. Egal, ob in Halle denkmalgeschützte hochwertige Bausubstanz leer steht oder in München auf den letzten Quadratmetern des Stadtparks Studentenwohnungen nachverdichtet werden – die Strukturqualität der Stadt ist davon betroffen.

Die Europäische Stadt stellt in ihrer Wechselwirkung zur Peripherie, mit dieser eine Einheit dar, die durch den Schrumpfungsprozess in gewisser Weise sogar noch verstärkt wird. Waren es im Wachstum immer wieder Entwicklungsschübe, in denen Siedlung und Peripherie plötzlich Teil der inneren Stadt wurden und Zug um Zug durch eine andere Peripherie abgelöst wurden, so können wir im Schrumpfen den umgekehrten Prozess beobachten. Ungeordnet waren und sind beide Entwicklungen. Ein gesteuertes Wachsen an den Rändern war ebenso schwierig zu erzielen wie sich ein kontrollierter Rückzug derzeit darstellt.

Die heute noch kompakten Ränder werden sich verändern. Die Möglichkeit, als Bestandteil einer neuen Landschaft wieder Teil der Natur zu werden oder als neue Peripherie auch neue Funktionen übernehmen zu können, ist eine der Chancen, die in der Nachnutzungsthematik stecken. Betrachten wir die Morphologie der Europäischen Stadt, wie sie uns derzeit entgegentritt, so könnte durch diesen Prozess langfristig die Gestalt der Stadt in ein neues Qualitätsverhältnis zum Land gesetzt und dadurch in diesem Merkmal wieder gestärkt, d. h. „europäischer“ werden.

Der flächendeckende Leerstand in den peripheren Siedlungsstrukturen des Ostens wird uns erst ab 2015 in seiner vollen Dimension erreichen und stellt ein bisher kaum diskutiertes Problem dar. Die größere Fragmentierung wird sich also zwischen der Peripherie und dem Land, den Dörfern und Siedlungen abspielen. Dies werden in Zukunft die Orte sein, in denen sich Schrumpfung und Verfall dramatisch zeigt, dort fehlen weitgehend solche Kraftfelder, die Städte wie Halle trotz aller Probleme immer noch auszeichnen.

Werden wir daher bald von der Schrumpfung der Zwischenstadt sprechen? Deren nicht zu unterschätzenden Vorteile hatte Karl Ganser einmal wie folgt beschrieben: „*Kleinteiligkeit, Mischung der Funktionen, Polyzentralität statt Überzentralisierung ausgerichtet auf ein dominantes Stadtzentrum.*“ Was wird, wenn diese Vorteile nun aber ebenfalls nicht mehr funktionieren?

Ganser forderte, durch den Einsatz von lesbaren Bildern neue Orientierung zu geben und so die regionale Landschaft des Ruhrgebietes als „Zwischenstadt“ in einer veränderten Qualität zu entwickeln. Ob dies in einer sich durch Schrumpfung auflösenden Landschaft

Bestand haben kann und ob die Referenz an das ja selbst in Auflösung befindende Stadtzentrum gelingt, muss offen bleiben.

(Vgl: Thomas Sieverts: *Eine Deutung der Zwischenstadt, Sichtweisen und Fragen. In Stiftung Bauhaus Dessau..., ebenda S.100)*

Wie sich das Wesen von Zeit und Entwicklung, Natur und Kultur, Differenzierung und Zusammenleben verändert, wenn die Identität, die sich aus der Wechselwirkung von Zwischenstadt und Kernstadt ergibt, nicht mehr erkennbar ist, wird noch zu untersuchen sein. Schon jetzt lässt sich vielerorts diese Unterscheidung nicht mehr aufrechterhalten.

Nicht zuletzt der Wegfall der Eigenheimzulage stellt jedoch ein klares Plus für die Stärkung der Innenstadt und des Gesamtgefüges der Stadt dar.

Gestalt teilt sich nur über konkrete Erfahrung mit. Gerade in der Unordnung braucht es vor allem an den Nahtstellen, an den Brüchen der Fragmentierungen und Perforation ein klares Bekenntnis zu Qualität und zu Öffentlichkeit.

Stadtgestalt wird trotz des oder gerade wegen des Schrumpfungsprozess abhängig sein von:

- der Qualität der Architektur**
- der Strukturqualität der Stadt**
- den Bürgern der Stadt**
- der kulturellen Auseinandersetzung.**

Die Strategien schrumpfender Städte, Stadtgestalt einzufordern oder überhaupt erst möglich zu machen, unterscheiden sich wenig von den eingangs aufgerufenen Prinzipien, und vielleicht macht dies ja zuallererst die Qualität der Europäischen Städte aus, dass sie Fragen zur Gestalt aufzuwerfen vermögen.

An den Erfahrungen in Halle an der Saale lässt sich dieser Prozess des Stadtumbaus diskutieren: Halle als Doppelstadt bietet nicht nur den klassischen Gestaltkanon der über Jahrhunderte gewachsenen alten Stadt an, sondern auch die Formensprache der geplanten modernen Stadt, deren Entwicklung die europäischen Städte im letzten Jahrhundert stark beeinflusst hat.

Halle-Neustadt befindet sich auf dem Weg zur normalen Stadt. Überformen, Umbauen wird auch hier zur Normalität, nicht nur der Abriss. Für den konkreten Planeralltag bedeutet dies: Auch hier darf und muss nach § 34 genehmigt und gebaut werden. Interessen müssen abgewogen werden, die Pluralität von Gestalt, Nutzung und Funktion verlangt nach Raum. Die signifikanten Merkmale des städtebaulichen Ensembles sollen dabei erhalten und sorgfältig weiter geschrieben werden.

Die geplanten wie ungeplanten Städte der Vergangenheit – aus Feudalismus oder Reformideen gewonnen – mussten ebenfalls bewältigen, dass ihre Strukturen auseinanderbrachen, ihre Gestalt umgeformt oder gar aufgegeben wurde. Normalisierung von Halle-Neustadt bedeutet auch: Bodenordnung, private Interessen und Konkurrenz verändern, den Prinzipien der Europäischen Stadt getreu, die Struktur und damit die Gestalt der Stadt. Schrumpfung ist daher nur bedingt mit Stillstand gleichzusetzen.

Der Aufruf zum bewussten Gestalten der Stadt bleibt unverzichtbar, soll die Qualität der Europäischen Stadt nicht im Schrumpfen verloren gehen. Die erträumte Stadt und ihre Poesie gilt es zu verteidigen, denn nur durch das Sichtbarwerden der Träume kann der Anonymität begegnet werden. Die Besonderheit bestimmter Stadträume braucht eine offene Diskussion, mit transparenten Abwägungsprozessen und den Willen der Akteure, Entscheidungskompetenzen in Qualitätsmaßstäbe zu übersetzen. Instrumente der Qualitätssicherung, z. B. Gestaltungsbeiräte, können dabei eine wichtige Funktion übernehmen. So ergaben sich in Halle doch sehr kritische Fragen zur Weiterentwicklung der Gartenstadtsiedlungen. Die Wahrung der städtebaulichen Struktur unter der drängenden Problematik von Leerstand bekommt eine Brisanz, die auch vor der Frage nach dem Abriss von denkmalgeschützten

Objekten nicht halt macht. Daran geknüpft, ergeben sich stadtgestalterische Spielräume ebenso wie die Festlegung, was als unverzichtbar im Stadtgefüge deklariert werden kann: die Ecken oder die Zwischenräume?

Wie wichtig es ist, Kraftfelder der Stadtgestaltung aufzubauen, zeigt sich gerade in den schrumpfenden Städten. Fast alle Städte, die im Rahmen des Stadtumbaus untersucht wurden, greifen neben den Stadtumbaustategien zu Maßnahmen der Aufwertung des öffentlichen Raums. Der gestaltete öffentliche Raum als das Qualitätsmerkmal welches die Europäische Stadt von anderen Städten unterscheidet, sieht sich gerade unter den Schrumpfungsbedingungen mit radikalen Veränderungsprozessen konfrontiert. Ehemals öffentliche Räume werden zu privaten und umgekehrt. Adressaten und Akteure fehlen, wo durch Insolvenzen die Eigentümerstrukturen auseinander brechen.

Was bedeutet das für das Wohnumfeld der Bürger? Wie ist ihre Wahrnehmung der Stadtgestalt? Wie gehen die Bürger mit dem Verlust ihrer Stadt und damit Ausschnitten ihrer physischen Erinnerung um? Das Verhandeln der kulturellen Dimension in einer Stadt wie Halle bezieht sich auf eine Bürgerschaft, in der ca. 60 Prozent in Umstrukturierungsgebieten leben, die aber nur bedingt Eigentümer sind.

Die emotionale Seite der Stadt ist daher von immenser Bedeutung für die Veränderung der bisherigen Gestalt. Bürgerwille steht an oberster Stelle in dem Abwägungsprozess der verschiedenen Interessen, und Bürgern ist die Gestalt der Stadt wichtig, in der sie leben. Die erregten Debatten, aber auch die Erfolge beim Wiederaufbau der Frauenkirche oder der Neugestaltung des Römerbergs in Frankfurt zeigen dies eindrucksvoll.

In Halle entwickeln sich Initiativen, die genau dies einfordern, sowohl in der Altstadt als auch in der Neustadt. Nehmen wir das ernst, bedeutet das, wir brauchen Strategien, die Bürger an der Gestalt konkreter zu beteiligen. Die Leitbilddiskussionen der vergangenen Jahrzehnte waren wohl demokratisch, aber weitgehend wirkungslos. Nur dort, wo glücklich beides zusammenfiel, sind positive Umsetzungen möglich geworden.

Die bleibenden Formen der Erinnerung und ihr Ausdruck in der Stadtgestalt sind von entscheidender Bedeutung im Wandlungsprozess. Die alte Stadt war eine Konkurrenz von Ordnungen, Grundbesitz als individuelle Zuordnung gab den Rahmen für eine gemeinsame Ordnung. Dennoch genügt es nicht, sich wieder auf Ordnungsprinzipien zurückzubesinnen. Dies kann angesichts von Perforation und Schrumpfung die Europäische Stadt nur bedingt bewahren. Vielmehr müssen wir auf der Suche nach der neuen Gestalt der Stadt viel experimentieren; die Regeln und Grenzen allem voran im Kopf überschreiten, um zu neuen Lösungen zu kommen. Die temporären Projekte, die in den vergangenen Jahren in Halle und anderen schrumpfenden Städten stattfanden, sind Schritte in diese Richtung.

Die Erneuerung der Europäischen Stadt braucht immer wieder den Mut, die Wandlungsprinzipien experimentell auszuloten. Die Gestalt der Stadt muss auch und gerade in ihrer Schönheit und Funktion immer wieder aufs Neue mit ihren Bewohnern verhandelt werden. *Civitas* verstanden als eine Praxis: In diesem Sinne kann und muss sich die Europäische Stadt sich immer wieder der Praxis ihrer Erneuerung stellen.

Zusammenfassend ergeben sich aus meiner Betrachtung folgende Thesen:

1. Die Wandlungsprinzipien der Europäischen Stadt gelten auch in den von Schrumpfung und Perforation geprägten Städten.
2. Die Charakteristika der Europäischen Stadt sind auch unter den veränderten Rahmenbedingungen unverzichtbar für die Stadtgestalt.
3. Großsiedlungen wie Halle-Neustadt sind erst auf dem Weg zur normalen Stadt.
4. Durch den Rückzug der Stadt an den Rändern ergeben sich neue Chancen, die Definition von Stadt und Land wieder stärker als europäisches Merkmal herauszuarbeiten.

5. Schrumpfung erweitert die Freiheit (mehr Raum, mehr Experiment), stellt aber gleichzeitig neue Anforderungen an die Bürger.
6. Die europäische Stadt muss zuallererst als eine Praxis verstanden werden, als ein offenes dynamisches Prinzip. Daher ist die Qualität von Kommunikation und Dialog entscheiden für den Prozess der Erneuerung der Europäischen Stadt.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat von COOP Himmelblau von 1982: *Ideal wäre es, die Architekturen ohne Widmung zu bauen und sie dann zur Benützung freizugeben. In den ineinander verschränkten, sich öffnenden Gebäuden und Volumen gibt es keine abgeschlossenen Räume mehr. Nur ungefähr gewidmete Flächen. Willkürlich einteilbar und ausbaubar von den Bewohnern.*

Die differenzierten räumlichen Situationen trennen nicht mehr, sie besitzen höchstens Aufforderungscharakter, den Raum in Besitz zu nehmen.

Beweisen können wir es nicht, aber wir vermuten stark, dass selbstbewusste Formen, frei für Nutzung und Gestalt zur Verfügung gestellt – nicht repressiv verwaltet, sondern freundlich betrieben – Auswirkungen auf die Entwicklung eines kreativen Selbstkonzeptes der Bewohner haben müssen. (aus Wolf D. Prix: Das offene System)

Diskussion:

- Nach dem von Siebel vertretenen Modell der Europäischen Stadt existieren alle vier Dimensionen trotz Schrumpfung weiter. Die Schrumpfung wird als Krise gesehen, gerade wegen der Gebäudestruktur (wie durch Merk ausgeführt), weshalb es also nicht allein um neue Governance-Formen, sondern allgemein um Reform von Strukturen gehen sollte.
- Es sei sehr richtig, dass es für jede Stadt eine andere Antwort gäbe. Aber nicht nur der Mittelstand sei Akteur.
- Die Frage nach dem Weichbild und der Grenze zwischen Kern und Peripherie sei nicht die wichtigste. Es gäbe einen Funktionszusammenhang von innen und außen, dieser brauche wieder neue Dynamik, dann werde sich ein neues Verhältnis schon eingpendeln.
- Generell sei die Europäische Stadt nicht Gegenstand von Planung, sondern werde durch jeweilige Akteurskonstellationen ausgehandelt.

3. Schlusskommentare

Zum Ende des Symposiums waren alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgefordert, noch einen ihnen wichtig erscheinenden Gedanken in den Raum zu stellen. Nachfolgend findet sich eine Zusammenstellung der vielfältigen Aspekte, die von den Herausgebern formuliert wurde:

- Die Diskussion zeige eine wichtige Differenz: Das europäische Städtesystem gerate wegen der Schrumpfung nicht in Gefahr. Betont wurde aber wiederholt eine notwendige Differenzierung innerhalb des Städtesystems. Tendenz (und unbedingt notwendig) sei eine Stärkung der „Zentralen Orte“. Dazu fehle bisher die Thematisierung der EU-Ebene.
- Die Europäische Stadt vertrage viel Schrumpfung. Eine auf Ostdeutschland reduzierte Sichtweise führe zu einer Verengung des Problems: Das Reichenbacher Bürgertum habe schlicht die Transformation nicht überstanden. Schon in Nachbarstädten (Greiz oder Zwickau) sei das sichtlich anders. Es sei nicht verhinderbar, dass es weitere Ausdifferenzierungen gäbe, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sei nun mal obsolet. Die Schrumpfung könne nur „überleben“, wer es auf die Transformationsebene schaffe. Der ländliche Raum werde leer gesaugt. Aus der Europäischen Stadt werde eine Stadtregion. Alle Städte stünden unter enormem Zeitdruck.
- Schrumpfung müsse als Etappe der europäischen Stadtwerdung betrachtet werden. Das Konzept der Europäischen Stadt habe eine hochgradig normative Prägkraft (indem z.B. das Stadtbürgertum als wichtiger Akteur gilt). Für schrumpfende Städte würden diese Normen aber nur bedingt gelten. Zudem fehle es real an der notwendigen autonomen Handlungskompetenz, wie sie das Konzept der Europäischen Stadt voraussetzt. Und selbst bei gegebener Kommunalautonomie – wäre dann eine Stadt wie München bereit, für Oschatz zu zahlen?
- Generaleinwurf von Walter Prigge: Es gibt gar keine „Europäischen Städte“. Es lohnt sich gar nicht, diesen Diskurs zu führen, denn wie die Ausstellung („Schrumpfende Städte“, innerhalb derer das Symposium stattfand) zeigt, sind wir „auf dem Weg nach Amerika oder nach Russland“. Also müsste die Diskussion eher untersuchen, ob hier inzwischen eher das amerikanische oder das russische Stadtmodell zutrifft. Das Modell der „Europäischen Stadt“ umfasse hierzulande doch nur fünf Prozent der realen Städte. Der ganz riesige Rest sei „Suburbia“. Selbst der Einfamilienhausbau in perforierten Innenstädten frisst noch den letzten Rest an Europäischer Stadt. Als Städter sind wir doch nur noch Migranten oder Touristen. Es bedarf dringender Regeländerungen, da die kommunale Selbstverwaltung wie auch das kommunale Rechtssystem am Ende seien. Die normative Fragestellung des Symposiums hält Prigge insgesamt für problematisch: Schrumpfende Städte in Ostdeutschland sind für ihn vielmehr Testfelder eines völlig *anderen* europäischen Stadtmodells. Am ostdeutschen Beispiel sei die Verschärfung der Widersprüche zu besichtigen.
- Von zentraler Bedeutung sind innerstädtische Akteurskonstellationen, die Lernprozesse begünstigen. Hier können einzelne Akteure zu Schlüsselfiguren werden. Auf diese und ihre neuen Funktionen muss sich das Interesse richten. Somit werden zukünftige Prozesse von Heterogenität bis zur offenen Widersprüchlichkeit geprägt sein geprägt sein. Man sollte die Städte nicht isoliert, sondern im System betrachten.

Anstelle eines zusammenfassenden Resümeees erlauben sich die Moderatoren, abschließend zwei Stimmen zu zitieren, die sich außerhalb des Symposiums, allerdings durchaus in Betrachtung der dort erörterten Zustände, zum Thema meldeten:

„Die EUROPÄISCHE STADT ist kein haltbares Konzept, interessant wird es erst, wenn es um die Chancen der realen europäischen Städte geht.“ (D. Hoffmann-Axthelm in seiner Rezension zu W. Siebel „Die europäische Stadt“, erschienen in der Bauwelt 10/2006)

„Was kommt nach der bürgerlichen Gesellschaft?“ fragte der neunzigjährige Hans Mayer in seiner Rede ‚In den Ruinen des Jahrhunderts‘. Die städtisch-bürgerliche wie auch die klassenbewusst proletarische Kultur seien dahin; es herrsche ein universales Kleinbürgertum, seine Kultur die Wegwerfgesellschaft. Es bleibe ein Kapitalismus ohne Bürgertum, der, entfesselt, hemmungslos, im Begriff sei, ‚alle einstigen Normen deutscher Bürgerlichkeit abzuservieren, als handle es sich um kalt gewordene Speisen‘. Das heißt auch, dergleichen maßvolle Städte, wie die Europas, wird es in Zukunft nicht geben.“ (Volker Braun in seiner Festrede zum 800-jährigen Stadtjubiläum Dresdens, in: DIE ZEIT Nr. 15/2006; der Satzbau folgt dem Originalzitat.)

Anhang: Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Mathias Bernt, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Regina Bittner, Stiftung Bauhaus Dessau

Michael Bräuer, Rostock

Annegret Haase, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Christoph Haller, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner

Christine Hannemann, Humboldt-Universität zu Berlin

Kristina Herresthal, Projektbüro „Shrinking Cities“, Berlin

Sigrun Kabisch, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Wolfgang Kil, Berlin

Rainer Land, Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V., Bollewick

Heike Liebmann, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner

Elisabeth Merk, Hochschule für Technik Stuttgart (FH)

Stefan Paulisch, Westsächsische Hochschule Zwickau (FH)

Jörg Pohlan, Technische Universität Hamburg-Harburg

Walter Prigge, Stiftung Bauhaus Dessau

Stefan Rettich, KARO Architekten Leipzig

Dieter Rink, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Birgit Schmidt, Wohnbundberatung Dessau

Holger Schmidt, Büro für Siedlungserneuerung Dessau

Walter Siebel, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Christine Weiske, Technische Universität Chemnitz (krank)

Diana Zierold, Technische Universität Chemnitz

Außerdem:

Studentinnen und Studenten verschiedener Universitäten

Weitere Mitarbeiterinnen des Projektbüros „Shrinking Cities“, Berlin